

A1

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Sachsen (dort beschlossen am: 01/25/2023)

Titel: Tagesordnung

- 1 1. Eröffnung und Begrüßung
- 2 2. Konstituierung
- 3 2.1. Wahl des Tagespräsidiums
- 4 2.2. Beschluss der Tagesordnung
- 5 2.3. Beschluss der Geschäftsordnung
- 6 2.4. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- 7 3. Grußworte
- 8 4. Berichte
- 9 4.1. Bericht des Landesausschusses
- 10 4.2. Bericht der Awareness-Kommission
- 11 4.3. Bericht des Landesvorstandes

- 12 5. Ggf. Beratung von Änderungen der Richtlinien der Jusos Sachsen
- 13 6. Antragsberatung
- 14 7. Wahlen
- 15 7.1. Wahl der/des Delegierten zum Bundesausschuss (1 Platz)
- 16 7.2. Wahl der Delegation zum Bundeskongress (9 Plätze)
- 17 7.3. Ggf. Wahl der Mitglieder der Awareness-Kommission
- 18 7.4. Ggf. Ernennung von Ehrenjusos per Akklamation
- 19 7.5. Ggf. Nachwahl der Mitglieder des Juso-Landesvorstandes
- 20 8. Schlusswort

A2

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Sachsen (dort beschlossen am: 01/25/2023)

Titel: **Geschäftsordnung**

1. Eröffnung und Konstituierung

1. Ein:e Beauftragte:r des Landesvorstands (LaVo) eröffnet die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) und leitet die Wahl des vom LaVo vorgeschlagenen Präsidiums. Das gewählte Präsidium leitet die Sitzung.
2. Die LDK beschließt die Tagesordnung (TO) sowie die Geschäftsordnung (GO).
3. Die LDK wählt eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK). Der Bericht der MPZK wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingebracht.

2. Stimmberechtigte, Beschlussfähigkeit

1. Stimmberechtigt auf der LDK sind, gemäß der Richtlinien der Jusos Sachsen, alle von den Unterbezirken gewählten Delegierte. Der LaVo kann beratende Teilnehmer:innen, sowie Gäste und Sachverständige einladen.
2. Die LDK ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit wird angenommen, solange

14 bis sie von einem Mitglied angezweifelt wird und die Beschlussunfähigkeit
15 festgestellt wurde.

16 **2a. Besondere Anwendungsregelung im Kollisionsfall**

17 Die Regelungen dieser GO sowie der Richtlinien der Jusos Sachsen werden nur
18 insoweit angewendet, wie sie nicht den Statuten der SPD und des SPD-
19 Landesverbandes Sachsen widersprechen.

20 **3. Tagesordnung, Verhandlungsgegenstand, Anträge**

21 1. Verhandlungsgegenstand sind die auf der TO angeführte Tagesordnungspunkte
22 (TOPs), Anträge, Änderungsanträge (ÄAs), Initiativanträge (IAs) und
23 Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge).

24 2. Anträge können bis zum **18.03.2023, 24:00 Uhr** eingereicht werden.

25 3. ÄAs können bis zum **14.04.2023, 18:00 Uhr** eingereicht werden.

26 4. Initiativanträge sind Anträge, die sich inhaltlich mit solchen wichtigen
27 Themen befassen, deren politische, gesellschaftliche oder verbandsbezogene
28 Relevanz sich erst nach dem Ablauf der Antragsfrist (Buchstabe b))
29 herausgestellte (Initiativcharakter). Sie sind bis zum **15.04.2023, 12:00**
30 **Uhr** einzureichen und werden nur behandelt, wenn sie von mindestens zehn
31 Delegierten schriftlich, unter Nennung ihres Namens und Leistung ihrer
32 Unterschrift unterstützt werden. Die formalen Voraussetzungen prüft das
33 Präsidium. Über den Initiativcharakter wird im Zweifel abgestimmt.

34 5. Die Einreichung von Anträgen, ÄAs und IAs (Buchstaben b) bis d)) erfolgt
35 im Antragstool.

36 6. GO-Anträge können mündlich gestellt und begründet werden. Der:Die
37 Antragsteller:in erhält außerhalb der Reihenfolge das Wort. Die Redezeit
38 beträgt höchstens drei Minuten. Die Abstimmung über GO-Anträge erfolgt
39 nach maximal je einer Pro- und Contrarede. GO-Anträge ohne Gegenrede

40 gelten als angenommen. GO-Anträge, die die Redeliste berühren, werden erst
41 nach Verlesen der Redeliste zur Abstimmung gestellt.

42 7. GO-Anträge können u.a. sein:

43 8. Vertagung des Verhandlungsgegenstandes oder der Sitzung,

44 9. Absetzung des Verhandlungsgegenstandes von der T0,

45 10. Verlangen nach Personaldebatte,

46 11. erneute Abstimmung,

47 12. Schluss der Debatte,

48 13. Schluss der Redeliste,

49 14. Festlegung der Redezeiten,

50 15. Überweisung an die nächste LDK, den LA oder den LaVo.

51 16. Auf Wunsch der Mehrheit der Teilnehmer:innen können auf der Sitzung
52 Geschlechterplena angeboten werden, wobei 50% vom antragsstellenden
53 Geschlecht sein müssen. Diese finden nach Möglichkeit in zwei
54 verschiedenen Räumen statt; für Menschen, die sich nicht eindeutig
55 männlich oder weiblich lesen (hier unter dem Begriff queer
56 zusammengefasst), werden nach Wunsch weitere Räume angeboten.

57 **4. Abstimmung, Beschlussfassung**

- 58 1. Die vorliegenden Anträge werden in thematischen Blöcken aufgerufen, für
59 die ein festes Zeitbudget gilt. Anträge, die innerhalb der für den
60 jeweiligen Block festgelegten Zeit nicht behandelt werden, werden direkt
61 an den Landesausschuss überwiesen.
- 62 2. Vor der Abstimmung wird der Abstimmungsinhalt von der Sitzungsleitung
63 genau formuliert.
- 64 3. Vor der Abstimmung über einen Antrag ist über ÄAs abzustimmen.
- 65 4. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch Hochhalten der Stimmkarten. Auf
66 Verlangen des Präsidiums oder eines:einer Delegierten muss das
67 Stimmergebnis ausgezählt werden.
- 68 5. Abstimmungen sind offen. Auf Verlangen von zehn Delegierten muss geheim
69 abgestimmt werden.
- 70 6. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern nichts anderes
71 festgelegt ist. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.
- 72 7. Beschlüsse über Richtlinienanträge werden mit 2/3 Mehrheit gefasst.
- 73 8. Anträge, die einmal abgestimmt worden sind, können auf derselben Sitzung
74 nicht noch einmal zur Abstimmung gebracht werden.

75 **5. Redeordnung**

- 76 1. Die Redezeit der Diskussionsredner:innen beträgt maximal drei Minuten. Sie
77 kann auf Beschluss der LDK für einzelne Tagesordnungspunkte geändert
78 werden.
- 79 2. Wortmeldungen der Diskussionsredner:innen sind schriftlich beim Präsidium

80 einzureichen.

81 3. Rederecht besitzen generell alle Jusos sowie geladene Gäste.

82 4. Außerhalb der Reihe erhalten das Wort:

83 5. Redner:innen zur GO,

84 6. von der LDK gerufene Redner:innen,

85 7. Einbringer:innen von Anträgen,

86 8. Kandidat:innen während ihrer Vorstellung.

87 9. Das Rederecht erhalten abwechselnd Frauen und Männer. Sollte kein:e
88 Redner:in des einen Geschlechts auf der Redeliste stehen, dürfen noch zwei
89 Vertreter:innen des anderen Geschlechts reden, bevor die Redeliste
90 geschlossen wird. Redner:innen, die sich zum jeweiligen TOP oder Antrag
91 noch nicht zu Wort gemeldet haben, erhalten Vorrang (hart quotiertes
92 Erstrederecht).

93 10. Die Redeliste ist für alle Teilnehmer:innen sichtbar zu visualisieren.

94 11. Persönliche Erklärungen sind nur nach Beendigung der Behandlung eines
95 Antrages oder TOPs möglich.

96 **6. Wahlen und Nominierungen**

97 1. Für alle auf der Sitzung vorzunehmenden Wahlen gelten die Bestimmungen der
98 Wahlordnung im Organisationsstatut der SPD, des Statutes der SPD Sachsen
99 und der Richtlinien der Jusos Sachsen.

- 100 2. Die Einreichung von Kandidaturen erfolgt im Antragstool. Ist die LDK
101 konstituiert, können Kandidaturen auch beim Präsidium eingereicht werden.
- 102 3. Das Präsidium legt eine verbindliche Frist für Wahlvorschläge fest. Diese
103 Frist wird zu Beginn der LDK bekannt gegeben.
- 104 4. Nominierungen werden in offener Abstimmung durchgeführt.

105 **7. Protokolle**

- 106 1. Das Protokoll umfasst die Zahl der festgestellten Stimmberechtigten, sowie
107 alle Abstimmungs- und Wahlergebnisse zu den einzelnen Beschlussvorlagen,
108 Anträgen und Kandidaturen. Alle Beschlussvorlagen, Anträge und
109 Änderungsanträge sind dem Protokoll anzuhängen.
- 110 2. Bei Abstimmungen wird das Stimmergebnis und auf Antrag das genaue
111 Stimmenverhältnis festgehalten.

112 **8. Weitere Festlegungen, Auslegung und Änderung der Geschäftsordnung**

- 113 1. Während der LDK ist auf dem Konferenzgelände das Konsumieren von Alkohol
114 und Tabak sowie das Telefonieren verboten.
- 115 2. Die LDK ist öffentlich.
- 116 3. Über Zweifel in der Auslegung der GO entscheidet das Präsidium.
- 117 4. Die GO tritt mit Beschluss durch die LDK auf Dauer der Konferenz in Kraft.
118 Sie kann nur mit 2/3-Mehrheit geändert werden.

A3

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Görlitz, Jusos Lausitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos
Nordsachsen (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: 19 Euro oder 49 Euro? - Das ist hier die Frage!

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag an*
3 *die Sächsische Staatsregierung weiterleiten:*

4 Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen das im April startende Deutschlandticket
5 mit 30 Euro für Empfänger*innen von Bürger-, Sozial- und Wohngeld,
6 Asylbewerber*innen, Studierenden, Schüler*innen sowie Auszubildenden
7 bezuschussen soll, um so ein 19-Euro-Ticket für diese Personengruppen zu
8 ermöglichen.

Begründung

Das 9-Euro-Ticket im Sommer 2022 war ein voller Erfolg. Hochgerechnet konnten im Aktionszeitraum circa 1,8 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid eingespart werden. Damit hatte das Ticket die gleiche Klimawirkung, wie ein Jahr Tempolimit gehabt hätte. Die hohen Nutzer*innen- (52 Millionen verkaufte Tickets) und Umsteiger*innenzahlen (17 % sind von bisherigen Verkehrsmitteln auf den ÖPNV umgestiegen) sowie die Tatsache, dass jede*r fünfte Käufer*in für den ÖPNV aktiviert werden konnten, sprechen für sich.[1] Damit lieferte das Ticket einen Vorgeschmack auf eine klimagerechte Mobilitätswende.

Leider galt die Regelung nur für drei Monate. Das angekündigte "Deutschlandticket" bzw. 49-Euro-Ticket war umso mehr eine Enttäuschung, da der Preis besonders für Menschen mit niedrigem Einkommen viel zu hoch ist. So ist bei Bürgergeldempfänger*innen für 2023 im Regelsatz ein Anteil von 45,02 Euro für die Rubrik

Verkehr vorgesehen. Damit müssen Bezieher*innen des Regelbedarfs Geld in anderen Bereichen einsparen, um sich das Ticket überhaupt noch zu leisten. Dabei bedeutet ein günstiges, unkompliziertes und deutschlandweit gültiges Ticket vor allem soziale Teilhabe.[2]

So gaben mehr als die Hälfte der Befragten einer Studie der FH Erfurt[3] an, das 9-Euro-Ticket ermögliche ihnen „eine Nutzung von Bus und Bahn, die so vorher nicht möglich war“. Diese Gelegenheit für ein aktives gesellschaftliches Leben sollte einkommensschwächeren Bürger*innen unbedingt wieder zurückgegeben werden, um beispielsweise Vereinsamung entgegenzuwirken. Alle Bürger*innen sollten finanziell in der Lage sein, Familie und Freund*innen zu treffen, Termine in der nächsten Stadt wahrzunehmen, Ehrenämter auszuüben oder Tages- bzw. längere Ausflüge zu machen.

Das Argument, ein 49-Euro-Ticket käme dem Staat teurer, als ein 29-Euro-Ticket zu stehen, lassen wir nicht gelten. Schließlich führt ein niedriger Ticketpreis auch dazu, dass mehr Menschen ein solches Ticket kaufen. Durch die höheren Verkaufszahlen ließen sich die Kosten ebenso decken, wie es bei höheren Preisen der Fall wäre.[2] Entlastung einkommensschwacher Haushalte, Schaffung klimagerechter Mobilität und die Ermöglichung sozialer Teilhabe - das sind inhärente Aspekte einer jungsozialistischen bzw. sozialdemokratischen Politik. 29 Euro muss deshalb unsere Antwort sein.

[1] <https://www.vdv.de/bilanz-9-euro-ticket.aspx>

[2] <https://www.buerger-geld.org/news/buergergeld-und-49-euro-ticket-geht-das/>

[3] https://www.fh-erfurt.de/fileadmin/Dokumente/IVR/IVR_Schriftenreihe/Band_29_final/IVR_Band_29_9EuroTicket.pdf#page23

A4

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Mittelsachsen (dort beschlossen am: 10/19/2022)

Titel: **Kinder brauchen Erholung und Urlaub -
Landesförderung für Erholungsaufenthalte
erhöhen**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag werden dazu
5 aufgefordert, sich für eine dauerhafte Regelung zur inflationsangepassten
6 Erhöhung des Zuschusses für jedes an den Familienferien teilnehmende
7 Familienmitglied pro Aufenthaltstag nach RL Familienförderung (II., 5.5 b) für
8 einkommensschwache Familien einzusetzen.

Begründung

Kinder aus benachteiligten Familien sollen sich wie andere Kinder in den Ferien erholen und Spaß haben können. In einem gemeinsamen Urlaub mit der Familie kann nicht nur die Gesundheit jedes Familienmitglieds, sondern auch die Familiengemeinschaft als solche gestärkt werden. Gemeinnützige Familienferienstätten bieten bereits steuerbefreite und vergleichsweise günstige Urlaubsmöglichkeiten speziell für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen. Erholungsaufenthalte in solchen Einrichtungen werden durch die RL Familienförderung gefördert, wenn die Zuwendungsvoraussetzungen erfüllt werden. Der starre Individualzuschuss von bis zu neun Euro pro teilnehmendem förderfähigen Familienmitglied und Aufenthaltstag ist aber im Hinblick auf die inflationsbedingt steigenden Preise nicht mehr zeitgemäß. Besser wäre eine Neuregelung mit inflationsangepasster Erhöhung des Förderbetrages. Mit Blick auf die gewährten

Zuschussleistungen in Mecklenburg-Vorpommern (bis zu 30 Euro), Bayern (bis zu 17 Euro) oder Berlin (bis zu 18 Euro) sollte Sachsen als familienfreundliches Bundesland hier vorangehen.

A5

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Nordsachsen, Jusos Görlitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos
Lausitz (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: Verpflichtend mehr Praktika an Schulen!

1 *Weiterleitung: Landesparteitag der SPD Sachsen, SPD-Fraktion im Sächsischen*
2 *Landtag*

3 Damit Schüler*innen auch schon vor dem Abschluss eine genauere Orientierung
4 haben, in welche Bereiche im späteren Berufsfeld sie gehen möchten oder nicht,
5 fordern wir verpflichtende zweiwöchige Praktika in folgender Aufschlüsselung:

- 6 • Hauptschule: 7. und 8. Klasse
- 7 • Realschule: 7., 8. und 9. Klasse
- 8 • Gymnasium: 8., 9. und 10. Klasse

9 Dazu darf kein Praktikum in der gleichen Abteilung eines Unternehmens erbracht
10 werden. Damit die Kontrolle des Praktikums gewahrt werden kann, müssen
11 Schüler*innen ein Praktikumsbericht erstellen, der wie folgt gestaltet sein
12 soll: Für jeden einzelnen Wochentag sollen die Aufgaben des einzelnen Tages
13 aufgeschrieben werden, die die*der Praktikant*in absolviert hat. Der
14 Praktikumsbericht darf nicht benotet werden, aber ist verpflichtend zur
15 Kontrolle. Wenn sich Aufgaben finden, die nichts mit der Berufstätigkeit zu tun
16 haben, so muss die Lehrkraft das der Schule, den Eltern und dem Betrieb
17 schriftlich spiegeln. Wir fordern dies, wie o. g., damit man nach der Schule

18 eine Orientierung hat, in welche Bereiche man im späteren Leben gehen möchte und
19 auch welche Berufsfelder einem eher nicht liegen. Der Nachweis soll erbracht
20 werden, damit Schüler*innen auch wirklich einen Einblick in den Beruf bekommen.

Begründung

Erfolgt mündlich

A6

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Lausitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos Nordsachsen,
Jusos Görlitz (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Jedes Kind soll günstig und gut essen -
Preisdeckel für Kita- und Schulessen**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Angesichts der immer weiter steigenden Preise fordern wir einen Preisdeckel für
5 das Essen in Krippen, Kindergärten und Schulen. Um einen Preisdeckel zu
6 garantieren, muss der Freistaat Sachsen das Schul- und Kitaessen durch direkte
7 Auszahlung von Zuschüssen an die Schulträger subventionieren. So kann der Preis
8 für das Kita- und Schulessen bezahlbar bleiben und finanzielle Mehrbelastungen,
9 gerade in Krisenzeiten, für Eltern abgefangen werden.

Begründung

Das Schulessen ist ein essenzieller Bestandteil von sozialer Interaktion zwischen Schülerinnen und Schülern. Schulessen bedeutet das gegenseitige Kennenlernen voneinander, miteinander und übereinander. Es wird ermöglicht, zusammen zu diskutieren; Individualität kann dabei entfaltet werden. Das zeigen Forschungsergebnisse des Gender- und Frauenforschungszentrums der Hessischen Hochschulen (gFFZ).

Zugleich wirkt Schulessen für viele Eltern abschreckend aufgrund der hohen Preise und Berichten über geringe Qualität und fehlende Ausgewogenheit.

Des Weiteren wurde ein Brandbrief vom "Verband deutscher Schul- und Kitacaterer e.V." (VDSKC) verfasst, in dem Beschwerde über die steigende Inflation und den damit verbundenen, steigenden Kosten des Stroms, sowie steigenden Kosten für den Import von Obst und Gemüse aus dem Ausland dargelegt wird. Der VDSKC hält daher die Erhöhung der Preise für Schul- und Kitaessen notwendig oder die Herabsetzung der Qualität des Essens für unvermeidbar und fordert eine staatliche Intervention.

Durch einen Preisdeckel kann Entlastung geschaffen werden. Steigenden Kosten müssen begrenzt und dürfen nicht auf den Eltern abgewälzt werden. Preise, die teils auf mehr als 5,00 € ansteigen, sollten auf maximal 1,50 € begrenzt werden. Dieser Preisdeckel wird bereits im Landkreis Eichsfeld in Thüringen erfolgreich angewandt. So kann Eltern entgegengekommen werden.

Zugleich müssen aber auch die Caterer, die Schulen und Kitas mit Essen beliefern, in dem Rahmen unterstützt werden, dass die steigenden Kosten unter Erhaltung der Wirtschaftlichkeit stemmbar sind. Ein Subventionsmodell würde ausreichen, damit die Caterer ein qualitativ hochwertiges und bezahlbares Essen unter fairen Bedingungen zubereiten können.

A7

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Lausitz, Jusos Sächsische Schweiz-Osterzgebirge,
Jusos Görlitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos Nordsachsen (dort
beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: Verpflichtende Wasserspender an Schulen

1 *Weiterleitung: Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, Landesparteitag der*
2 *SPD Sachsen, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag*

3 Jeder Mensch hat ein Recht auf Wasser. Dies soll auch in Schulen umgesetzt
4 werden. Schulen sollen pro 100 Schüler*innen einen Wasserspender zur Verfügung
5 stellen. Sollte dies von der Stadt oder der Kommune nicht finanziell geleistet
6 werden können, so muss die Landesebene dies übernehmen.

Begründung

Damit soll das Trinkverhalten angeregt werden und jede*r kennt es, wenn man die Trinkflasche vergessen hat, dann sieht es schlecht aus. Durch die Inflation entlastet man auch Elternhäuser, die Mineralwasserflaschen für ihre Kinder kaufen müssen, sowie die Rücken der Kinder und die Umwelt.

A8

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Chemnitz (dort beschlossen am: 11/03/2023)

Titel: **Ungleichheit bekämpfen – Grunderbe einführen!**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten, mit Ziel der Weiterleitung an den*
3 *SPD-Bundesparteitag:*

4 Die wachsende Ungleichheit ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.
5 Sie spaltete unsere Gesellschaft und schadet unserer Demokratie. Das Ausmaß
6 dieses Problems wird oft unterschätzt. Mit einem Gini-Index bei Vermögen von 0,8
7 (0 entspricht dabei einer absoluten Gleichverteilung, 1 entspricht einer
8 maximalen Ungleichheit) ist Deutschland eine der weltweit ungleichsten
9 Demokratien. Dabei wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer, während
10 der Klimawandel und strukturelle Diskriminierung diesen Effekt weiter
11 verstärken.

12 **Die Vermögensungleichheit in Deutschland ist demokratiegefährdend!**

13 Deutschland ist ein Paradebeispiel für schamlose Vermögensungleichheit. Zwei
14 Familien haben mehr Geld als die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung, das
15 reichste Prozent besitzt über ein Drittel des gesamten Vermögens. Dieses massive
16 Ungleichgewicht wird durch die Tatsache verschärft, dass mehr als die Hälfte
17 dieser Vermögen vererbt oder verschenkt wurden. Es ist an der Zeit, dass dieses
18 ungleiche und ungerechte System überwunden wird. Die Macht von Reichtum und
19 Erbschaften müssen bekämpft werden, damit jede:r eine faire Chance auf sozialen
20 Aufstieg hat.

21 Eine Studie des DIW lässt keinen Zweifel daran, dass Erbschaften der Hauptgrund
22 für die extreme Vermögensungleichheit in Deutschland sind. Die obere Hälfte der
23 Deutschen besitzt bereits heute 99,5 Prozent aller Vermögen, während die ärmere
24 Hälfte nur über 0,5 Prozent verfügt. Die Schätzungen bezüglich des deutschen
25 Erbschaftsvolumens belaufen sich auf unglaubliche 400 Milliarden Euro pro Jahr –
26 das ist ungefähr das gesamte Bruttoinlandsprodukt von Österreich oder 10 Prozent
27 des BIP von Deutschland.

28 Durch Erbschaften werden nicht nur große Vermögen an die nächste Generation
29 weitergegeben, sondern auch politische Macht akkumuliert. Die hohe Konzentration
30 von Reichtum bei wenigen Familien stellt eine Bedrohung für unsere Demokratie
31 dar und widerspricht demokratischen Prinzipien. Durch ihr übermäßiges Vermögen
32 können sehr wohlhabende Menschen politischen Einfluss erkaufen und ihre
33 wirtschaftliche Macht nutzen, um den öffentlichen Diskurs zu ihren Gunsten zu
34 beeinflussen. Eine progressive Erbschaftssteuer kann hier eine Korrektur
35 herbeiführen, indem sie den politischen Einfluss durch hohe Vermögen reduziert,
36 die Ungleichheit senkt und gleichzeitig den fairen demokratischen
37 Willensbildungsprozess stärkt.

38 Unterschiedliche Aufstiegschancen in unserer Gesellschaft beruhen nicht auf
39 unterschiedlicher Leistungsfähigkeit, sondern auf dem Vermögen der Eltern. Das
40 Kapital der Eltern hat einen erheblichen Einfluss auf den Bildungserfolg der
41 Kinder. Eltern mit höherem Kapital haben oft die Möglichkeit, ihren Kindern
42 bessere Bildungschancen zu bieten, wie den Besuch von privaten Schulen,
43 Nachhilfeunterricht oder individuelle Förderung. Diese zusätzlichen Ressourcen
44 können dazu beitragen, dass Kinder bessere Noten in der Schule schreiben und
45 sich auf höhere Bildungswege vorbereiten können. Ebenso können Eltern mit
46 höherem Kapital ihren Kindern Zugang zu kulturellen Veranstaltungen und
47 Aktivitäten sowie Netzwerken ermöglichen, die ihr Wissen, Fähigkeiten und
48 persönliche Kontakte erweitern. Das aktuelle Erbschaftssystem zementiert und
49 befördert diesen Effekt.

50 Besonders eklatant ist die Vermögensungleichheit zwischen Ost- und
51 Westdeutschland. Mehr als 30 Jahre nach der sogenannten Wiedervereinigung
52 Deutschlands sind die Unterschiede in den Lebensverhältnissen nach wie vor groß.
53 Systembedingt konnten Menschen in der DDR weniger privates Vermögen aufbauen und
54 an die nachfolgenden Generationen weitergeben als Menschen in Westdeutschland.
55 Entsprechend sind die individuellen Nettovermögen in Ostdeutschland deutlich
56 geringer als in den alten Bundesländern. Der Median des Nettogesamtvermögens
57 liegt im Westen mit über 60.000 € dreimal so hoch wie im Osten mit nur 21.000 €.
58 Auch bei den Erbschaften zeigen sich extreme Ungleichheiten: Ostdeutsche
59 erhalten seltener und kleinere Erbschaften. Am gesamten Erb- und
60 Schenkungsvolumen 2021 hatte der Osten Deutschlands lediglich 2,8 Prozent. Schon

61 beim Geldvermögen erben Westdeutsche mehr als Ostdeutsche: Die durchschnittliche
62 Erbschaft liegt im Westen bei 92.000 €, im Osten nur bei 52.000 €. Ein weiterer
63 Faktor für die ungleiche Verteilung sind Immobilien: Während im Westen in jedem
64 zweiten Erbfall Immobilien vererbt werden, ist dies im Osten nur bei jedem
65 dritten Erbgang der Fall. Bei den Unternehmensvermögen ist die Ungleichheit noch
66 krasser. Zwischen 2009 und 2020 wurden über 409 Milliarden Euro steuerfrei
67 verschenkt oder vererbt. Lediglich 1,6 Prozent gingen dabei nach Ostdeutschland.

68 Die bestehenden Ungleichheiten sind nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch
69 problematisch. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen
70 Unsicherheit, den damit verbundenen Abstiegsängsten und den höheren
71 Wahlergebnissen der AfD. Während die AfD bei der Bundestagswahl 2021 in den
72 westlichen Bundesländern durchschnittlich 7,9 Prozent der Zweitstimmen erhielt,
73 waren es im Osten 22,4 Prozent.

74 Es gibt heute keine Region in Europa, in dem eine Bevölkerung so wenig Grund und
75 Boden, Immobilien und Betriebe besitzt wie die Ostdeutschen in Ostdeutschland.
76 Keine Bevölkerung hat dort, wo sie lebt, so wenig Führungspositionen inne wie
77 die Ostdeutschen, sei es in den Betrieben, in den Medien, in den Verwaltungen
78 und Banken, beim Militär und bei der Polizei oder an den Gerichten und
79 Universitäten. Und auch diese fehlende Repräsentation steht im Zusammenhang mit
80 fehlendem sowie ungleich verteiltem ökonomischem Kapital und der damit
81 verbundenen sozialen Ungleichheit.

82 **Wir brauchen eine Reform der Erbschaftssteuer!**

83 Aus dieser Analyse heraus wird deutlich, dass es eine umfassende Reform und
84 Erhöhung der Erbschaftssteuer benötigt, um eine Umverteilung von Reich nach Arm
85 zu schaffen! Die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung zeigt, dass die
86 Erbschaftsfrage in naher Zukunft noch drängender wird, denn die meisten Reichen
87 und Überreichen in unserem Land sind über 65 Jahre alt. Vermögensaufbau in
88 Deutschland passiert fast nur noch über den Erbgang und gleicht einer Lotterie.
89 Die Idee einer Gesellschaft, in der Arbeit die treibende Kraft für den
90 Vermögensaufbau und für die soziale Position einer Person entscheidend ist,
91 verkommt mit der aktuellen Erbschaftssteuer zur Legende.

92 Die aktuelle Erbschaftssteuer bevorteilt überwiegend Superreiche durch
93 Schlupflöcher, Sonderregelungen und weiteren Steuerprivilegien. Diese
94 Steuersubventionen belaufen sich auf bis zu 10 Mrd. Euro jährlich. Der
95 durchschnittliche Steuersatz auf Erbschaften und Schenkungen von unter 20 Mio.
96 Euro beträgt 9 %, bei Erbschaften und Schenkungen von über 20 Mio. nur noch
97 lediglich 2,8 %. Die Folge dieser regressiven Steuersätze ist eine steigende
98 Vermögensungleichheit und eine Verletzung des Gleichheitssatzes im Grundgesetz.

99 Das hat auch das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen festgestellt und
100 die aktuelle Erbschaftssteuer für verfassungswidrig erklärt. Jedoch haben keine
101 der daraufhin erfolgten Reformen dieses System grundlegend verändert.

102 Wir begrüßen die Initiative der SPD und einiger Abgeordneter aus der SPD-
103 Bundestagsfraktion, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts ernst zu nehmen
104 und an einem Reformvorschlag zu arbeiten. Wir werden die Vorschläge wohlwollend
105 betrachten. Für uns sind dabei folgende Punkte essenziell, um eine effektive
106 Reform der Erbschaftssteuer zu schaffen:

- 107 • Die Steuerprivilegien für Betriebe müssen abgeschafft werden. Derzeit
108 werden kaum Steuern auf Betriebsvermögen fällig. Ein Großteil der Vermögen
109 in Deutschland bestehen jedoch aus Firmenanteilen. Das sorgt dafür, dass
110 selbst milliarden schwere und hochprofitable Unternehmen steuerfrei
111 weitergegeben werden.

- 112 • Die hohen persönlichen Freibeträge müssen angepasst werden. Derzeit dürfen
113 pro Jahr 400 000 € steuerfrei vererbt oder verschenkt werden. Stattdessen
114 muss ein Lebensfreibetrag eingeführt werden. Dessen Höhe kann auch weit
115 über 400 000 € sein. Grundsätzlich geht es darum, dass langfristige
116 Schenkungspläne nicht mehr dazu genutzt werden können, Vermögen der
117 Erbschaftssteuer zu entziehen.

- 118 • Die Gründung von Stiftungen zur Umgehung der Erbschaftssteuer muss beendet
119 werden. Zu 95 Prozent wurden die steuerpflichtigen Vermögenstransfers
120 (bzw. der Anfall der Erbersatzsteuer) auf privatnützige Stiftungen
121 aufgrund der Ausnahmen für Unternehmensübergänge von der Steuer befreit.

- 122 • Derzeit kommt die Erbschaftssteuer den Bundesländern zugute. Dadurch
123 profitieren insbesondere westdeutsche Länder vom aktuellen System. Deshalb
124 ist es wichtig, dass die Erbschaftssteuer zur Bundessteuer wird und die
125 Steuerhoheit beim Bund liegt. Damit werden die Lebensverhältnisse zwischen
126 Ost und West weiter angeglichen und auch Regionen mit niedrigerem
127 Vermögensaufkommen profitieren von der Erbschaftssteuer.

128 **Für eine effektive Umverteilung reicht nicht nur „Tax the rich!“, sondern auch**
129 **„Lift the poor!“ – deshalb braucht es ein Grunderbe für alle!**

130 Das Versprechen der Politik an die Gesellschaft, für sozialen Aufstieg durch
131 Leistung und gleiche Startchancen zu sorgen, ist gescheitert. Sozialer Aufstieg
132 (durch Erwerbsarbeit) wird immer unwahrscheinlicher. Besonders Menschen mit
133 Migrationshintergrund oder ostdeutschen familiären Hintergrund sind besonders

134 von den Effekten der Vermögensungleichheit betroffen. Diesen Bevölkerungsgruppen
135 fehlen Jahrzehnte des intergenerativen Vermögensaufbaus.

136 Mit dem Konzept des sogenannten „Grunderbe“ kann dieser Ungleichheit
137 entgegengesteuert und gleichzeitig mehr Chancengleichheit geschaffen werden. Das
138 Konzept sieht vor, dass Bürger:innen in jungen Jahren ein gewisser Betrag als
139 Grunderbe ausgezahlt wird. Jungen Menschen wird damit zu Beginn des
140 Erwachsenenlebens ein Startkapital gegeben, um selbstbestimmt in ihre
141 Ausbildung, Studium, Unternehmensgründung oder sonstige Lebensträume zu
142 investieren.

143 Die materiellen Verhältnisse sind immer auch ein Ausdruck von Machtverhältnissen
144 in der Gesellschaft. Deshalb ist das Grunderbe ebenso ein Instrument, um eine
145 Machtverschiebung von Alt nach Jung zu bewirken. In einer so stark überalterten
146 Gesellschaft, wie es die Deutsche ist, werden die Interessen junger Menschen
147 kaum berücksichtigt. Die Einführung eines Grunderbes für alle, wirkt dem
148 entgegen. Denn junge Menschen können somit (ökonomisch) unabhängiger und
149 selbstbestimmter von den älteren Generationen ihr eigenes Leben gestalten und
150 Entscheidungen treffen.

151 Zudem schafft ein Grunderbe auch eine stärkere Angleichung der
152 Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. Denn wie bereits beschrieben erben
153 Westdeutsche fast dreimal so viel wie Ostdeutsche. Deshalb profitieren
154 insbesondere junge Menschen in Ostdeutschland von der Einführung eines
155 Grunderbes. Zudem wird für junge Ostdeutsche der soziale Aufstieg und damit auch
156 der Karriereweg in Elitepositionen der Gesellschaft erleichtert. Damit kann das
157 Grunderbe auch einen Beitrag zu einer besseren Repräsentation von Ostdeutschen
158 in Elitepositionen leisten.

159 Ebenso profitieren auch Migrant:innen und Menschen mit Migrationsgeschichte vom
160 Grunderbe. Aufgrund der ebenfalls fehlenden Möglichkeit von intergenerativem
161 Aufbau von Vermögen und der strukturellen Diskriminierung, sind die Chancen zum
162 sozialen Aufstieg auch für diese Bevölkerungsgruppe ungleich schwerer. Auch hier
163 hilft ein Startkapital zum Eintritt in das Erwachsenenleben, um den eigenen
164 Lebensweg selbstbestimmter zu gestalten.

165 Unser Konzept, um die Vermögensungleichheit in Deutschland wirksam zu bekämpfen
166 ist das Grunderbe. Die bedingungslose Auszahlung von 60 000 € ab dem 18.
167 Lebensjahr stellt eine finanzierbare und in der Vermögensverteilung wirksame
168 Größenordnung dar. Der finanzielle Aufwand beträgt damit rund 45 Mrd. € pro
169 Jahr. Die Finanzierung muss über die Reform und Erhöhung der Erbschaftsteuer
170 erfolgen. Nicht einmal 15 % der rund 400 Mrd. €, die jährlich leistungslos
171 vererbt werden, müssten dafür durch die Erbschaftssteuer eingenommen und

172 umverteilt werden. Durch die Reform der Freibeträge werden außerdem
173 Mitnahmeeffekte bereits privilegierter Gruppen verhindert. Das Grunderbe, als
174 gesellschaftliches Erbe, wird auf das familiäre aufgerechnet und dementsprechend
175 versteuert. Damit ist das Grunderbe unbürokratisch, realpolitisch finanzierbar
176 und in der Höhe gesellschaftlich akzeptabel.

177 **Das Grunderbe ist kein Ersatz für einen funktionierenden Sozialstaat!**

178 Das Grunderbe ist ein zusätzliches Instrument, um die soziale Ungleichheit in
179 Deutschland zu bekämpfen und für mehr Umverteilung von Reich nach Arm zu sorgen.
180 Es soll keines der aktuellen sozialstaatlichen Maßnahmen ersetzen. So soll zum
181 Beispiel das BAföG mit Einführung des Grunderbes so angepasst werden, dass die
182 Vermögensprüfung entfällt. Es benötigt nach wie vor einen aktiven Sozialstaat,
183 der Menschen unterstützt und für soziale Gerechtigkeit sorgt.

184 Allerdings gibt es wenige Instrumente, die einen so starken Effekt auf die
185 Vermögensumverteilung haben, wie die Reform der Erbschaftssteuer und eine
186 gleichzeitige Auszahlung eines Grunderbes an junge Menschen. Das belegt auch
187 eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2021.
188 Bei einem Grunderbe von 20 000 € könnte der Gini-Koeffizient Deutschlands um bis
189 zu 7,2 % sinken. Mit unserem Konzept von 60 000 € würde dieser Effekt noch
190 stärker ausfallen.

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Görlitz, Jusos Lausitz, Jusos Nordsachsen, Jusos
Mittelsachsen (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Inklusion vorleben - Barrierefreie und
behindertengerechte Bürger*innenbüros**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:*

3 Wir fordern dazu auf, dass Abgeordnete der SPD, die ein bestehendes Büro haben,
4 auf eine Barrierereduzierung hinarbeiten. Büros, die ab der nächsten
5 Legislaturperiode eingerichtet werden, sollten Barrierefreiheit anstreben.
6 Abgeordnetenbüros, in denen z. B. Ortsvereine und/oder Unterbezirke ihre
7 Sitzungen und Veranstaltungen durchführen, müssen barrierefrei oder zumindest
8 barrierereduziert sein. Dies gilt insbesondere auch für Landes-, Regional- und
9 Kreisgeschäftsstellen. Die bestehenden Objekte sind entsprechend umzurüsten, für
10 die Anmietung bzw. den Erwerb neuer Objekte gilt die Voraussetzung der
11 Barrierefreiheit verbindlich.

12 Reine Bürger*innenbüros müssen ebenfalls barrierefrei sein. Auch hier sind die
13 bestehenden Objekte entsprechend umzurüsten, für die Anmietung bzw. den Erwerb
14 neuer Objekte gilt die Voraussetzung der Barrierefreiheit verbindlich. Des
15 Weiteren ist neben der räumlichen Infrastruktur ebenso auf Aspekte
16 behindertengerechter Bürger*innennähe und Öffentlichkeitswirksamkeit zu achten.
17 Diesbezüglich sollten beispielsweise die Büroschilder der Abgeordneten- und
18 Bürger*innenbüros mit Brailleschrift versehen werden. Daneben sollte in jedem
19 Büro ein Grundstock an Visitenkarten und Flyern in Brailleschrift vorhanden
20 sein.

21 Außerdem sollte leichte Sprache auf Flyern und Plakaten, die in oder an den
22 Büros ausliegen bzw. angebracht sind, verwendet werden, um auch Menschen mit
23 Lernbehinderungen und Hörbehinderung zu erreichen. Über zusätzliche technische
24 Vorkehrungen, die der Behindertengerechtigkeit dienen, ist nachzudenken. Ein
25 Beispiel hierfür wäre eine elektronische Ansage („Herzlich Willkommen im SPD-
26 Bürger*innenbüro von ...“), die beim Betreten des Büros ertönt.

Begründung

Die Inklusion muss auf allen Ebenen vorangebracht werden. Wieso gehen wir nicht mit gutem Beispiel voran? Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich einzubringen, gleichberechtigt mitzubestimmen und in Dialog zu treten. Dies fördert den Zusammenhalt einer Gemeinschaft und eröffnet neue Wege, gemeinsam Lösungen zu finden. Eine demokratische Gesellschaft braucht die Sichtweisen vieler verschiedener Personen – und genau das sollte unser Ziel sein. Jeder Mensch ist ein wertvoller Teil dieser Gesellschaft und sollte auch dementsprechend behandelt werden.

A10

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Mittelsachsen (dort beschlossen am: 10/19/2022)

Titel: **Schluss mit dem Totalausschluss – Mindestlohn
für Jugendliche unter 18**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen und den SPD-Bundesparteitag an die SPD-Fraktion*
3 *im Deutschen Bundestag weiterleiten:*

4 Die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bundestag sollen sich dafür einsetzen, dass
5 das Mindestlohngesetz (MiLoG) wie folgt geändert wird:

6 Abschnitt 4 § 22 Absatz 2 „Personen im Sinne von § 2 Absatz 1 und 2 des
7 Jugendarbeitsschutzgesetzes ohne abgeschlossene Berufsausbildung gelten nicht
8 als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes.“ ist zu
9 streichen.

Begründung

Jugendliche unter 18 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung gelten im Sinne des Mindestlohngesetzes nicht als Arbeitnehmer und sind deshalb pauschal vom Mindestlohn ausgenommen. Trotzdem leisten viele Jugendliche die gleiche geistig und körperlich anstrengende Arbeit wie Erwachsene, sei es zum Beispiel im Einsatz als Erntehelfer*innen, als Aushilfskellner*innen oder im Supermarkt als Kassierer*innen. Diese Ungleichbehandlung ist nicht mit dem § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vereinbar, wonach Benachteiligungen aufgrund des Alters verhindert und beseitigt werden sollen. Zudem werden in bestimmten Branchen die Stellen vermehrt mit Jugendlichen besetzt, um den Mindestlohn umgehen zu können. Diese werden dann ausgetauscht, sobald der Mindestlohn gezahlt werden müsste. Dieses Vorgehen

kann zum Beispiel in Dänemark beobachtet werden. Das Bundesarbeitsministerium begründet die Ausnahmeregelung beim Mindestlohn mit der Annahme, dass Jugendliche bei einem ordentlichen Bruttomonatsgehalt (ab 01.07.22: 1 811,33 €, ab 01.10.22: 2080,00 €) durch den Mindestlohn komplett auf ihre Ausbildung verzichten würden und lieber ungelernt Mindestlohn-Jobs nachgehen. Gründe für die prekäre Situation der Jugend liegen aber vielmehr in der Tatsache, dass es noch immer zu wenig und zu schlecht bezahlte Ausbildungsplätze gibt und keine Ausbildungsplatzgarantie gegeben wird. Der Mindestlohn verbessert schon jetzt die Einkommenssituation von Millionen Menschen in diesem Land. Ein Totalausschluss von Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss entbehrt jeder Grundlage.

Quellen (Zugriff vom 16.08.22, 12:00 Uhr):

- <https://www.tk.de/firmenkunden/versicherung/versicherung-faq/mindestlohn/kein-anspruch-auf-gesetzlichen-mindestlohn-2038070>
- <https://www.gesetze-im-internet.de/milog/BJNR134810014.html>
- <https://www.cmshs-bloggt.de/arbeitsrecht/wesentliche-inhalte-des-allgemeinen-gleichbehandlungsgesetzes/>
- <https://www.nebenjob.de/ratgeber/3086-mindestlohn-und-nebenjob>
- https://jugend.dgb.de/dgb_jugend/aktionen-und-kampagnen/mindestlohn

A11

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Mittelsachsen, Jusos Nordsachsen (dort beschlossen
am: 03/06/2023)

Titel: Psychologie als Schulfach

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Damit die Schüler*innen den wachsenden Herausforderungen unserer Zeit gewachsen
5 sind, fordern wir die schrittweise Einführung des Schulfaches Psychologie an
6 sächsischen Schulen nicht nur als mögliches Wahlfach, sondern verpflichtend für
7 alle Schüler*innen ab der neunten Klasse.

Begründung

Psychologie als Schulfach sollte in den Lehrplan aufgenommen werden, da es Schüler*innen ermöglicht, ihr Verständnis für das menschliche Verhalten und die mentalen Prozesse zu vertiefen. Es kann ihnen auch dabei helfen, ihre eigenen Gedanken und Emotionen besser zu verstehen und zu verarbeiten sowie die Handlungen und Gedanken anderer besser einzuschätzen. Dies wird in unserer modernen und schnelllebigen Welt immer wichtiger. Vor allem angesichts einer wachsenden Aufmerksamkeitsökonomie in Bezug auf soziale Medien und personalisierter Werbung. Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass es ihnen helfen kann, ihr Selbstbewusstsein und ihre sozialen Fähigkeiten zu entwickeln.

Ein wichtiger Aspekt ist außerdem, dass Psychologie ein essenzieller Bestandteil vieler Berufe und akademischer Disziplinen ist. Kenntnisse in Psychologie sind in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Sozialarbeit, Kriminalitätsprävention, Personalwesen und Werbung von großem Nutzen. Es gibt viele

Anwendungsbereiche der Psychologie und ein grundlegendes Verständnis der Theorie und Methoden der Psychologie ist oft erforderlich, um in diesen Berufen erfolgreich zu sein.

Psychologie als Schulfach kann auch dazu beitragen, das Bewusstsein für psychologische Probleme wie übersteigerte Aggression, abgestumpfte Gefühle oder Depressionen und deren Behandlungsmöglichkeiten in der Gesellschaft zu erhöhen und somit helfen, negative Stereotypen und Mythen über psychologische Erkrankungen abzubauen. Rhetorik, Suchtprävention und soziale Medien als Themen sind nur einige zu nennende Aspekte, in denen Schüler*innen im Fach Psychologie zudem unterrichtet werden könnten. Dem Umfang dieser Themen und deren psychologischer Hintergrund können kurze Erwähnungen in Lernbereichen anderer Fächer wie Deutsch, Ethik oder Gesellschaftskunde nicht gerecht werden.

Für eine Ausweitung des Fachs weg von einem seltenen Wahlfach und hin zu einem Pflichtfach, das schulformübergreifend ab der neunten Klasse unterrichtet werden sollte, spricht ebenfalls, dass vor allem Menschen mit geringerem Bildungsstand anfällig für psychologische Ausnutzung sind. Das gilt nicht nur für Populismus, sondern auch für Werbung oder den Hunger einer wachsenden Aufmerksamkeitsökonomie.

Psychologie kann ebenfalls dazu beitragen, den Beruf des/der Lehrers/Lehrerin attraktiver zu machen. Der hohe Numerus Clausus an vielen Hochschulen für den Bereich Psychologie beweist die hohe Nachfrage. Dadurch, dass Lehrer*innen später immer zwei Fächer unterrichten können, ist nicht nur ein für alle Lebensbereiche wertvolles Fach schnell einführbar, sondern es kann ebenfalls dem existierenden Lehrer*innenmangel entgegengewirkt werden. Hierbei könnte die Zulassungsbeschränkung eines Psychologiestudiums mit der Aussicht auf einen Lehrer*innenberuf gesenkt werden.

Abschließend kann gesagt werden, dass Psychologie als Schulfach Schüler*innen eine solide Basis für ein besseres Verständnis ihres Selbst und anderer Menschen sowie eine breitere Sichtweise auf die Welt und ihre Herausforderungen vermitteln kann. Sie kann auch eine wichtige Rolle bei der Karriereentscheidung und der Vorbereitung auf die Arbeitswelt spielen.

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Görlitz, Jusos Lausitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos
Nordsachsen (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Mobilität im ländlichen Raum**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:*

2 **ÖPNV**

- 3 • Zusammenschluss aller Verkehrsgesellschaften auf Landesebene →
4 Landesverkehrsgesellschaft
- 5 • Wir müssen über Kommunengrenzen denken, es ist eine gesellschaftliche
6 Thematik
- 7 • Widerbelebung von Bahnstrecken
- 8 • Klimafreundliche Bahnhöfe → Solarzellen
- 9 • Autonomes Fahren unterstützen, gerade auf Schienen

10 **Bus**

11 Tagfahrlinien

- 12 • Effiziente Taktung der Buslinien

- 13 • Themenlinien → zum Markttag, Schulbusse, Schichtbusse, Arztbusse
- 14 • Modernisierte Rufbusse – max. eine Stunde vor Abfahrt anrufen oder per App
15 bestellen
- 16 • eine zentrale Buslinie, die auf der Strecke Zuführungen durch Ruftaxen
17 bekommen

18 Nachtfahrlinien

- 19 • zwischen den großen drei Städten (Chemnitz, Leipzig und Dresden)
20 durchgehend, in alle Richtungen
- 21 • Sternlinien- oder Pendelrufbusse, die ab 22 Uhr, die Menschen nach Hause
22 bringen

Begründung

Erfolgt mündlich

A13

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Nordsachsen, Jusos Görlitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos
Lausitz (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Mindestausbildungsvergütung weiterhin
erhöhen!**

1 Weiterleitung: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

2 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:*

3 Die Mindestausbildungsvergütung soll weiterhin nach den Sätzen auf Grundlage
4 steigen, die für die Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende
5 beschlossen wurde. Der Satz betrug im Jahr 2023: 5,98 % bezogen auf den
6 Nettolohn!

Begründung

2020 wurde die Mindestvergütung für Auszubildende eingeführt und steigt bis zum 2023 auf 620 Euro im ersten Ausbildungsjahr. Da aber auch die Preise aufgrund der hohen Inflation steigen, muss auch der Lohn der Auszubildenden weiter steigen! Dies würde auch den Anreiz eine Ausbildung anzufangen deutlich erhöhen!

A14

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Jusos Görlitz,
Jusos Mittelsachsen, Jusos Nordsachsen, Jusos Lausitz (dort
beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Menschen mit Behinderung sind keine billigen
Arbeitskräfte**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen, den Juso-Bundeskongress sowie den SPD-*
3 *Bundesparteitag an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

4 Menschen mit Behinderung müssen unabhängig von ihren Rentenansprüchen
5 Mindestlohn bekommen!

Begründung

Bis jetzt ist es immer noch so, dass Menschen mit Behinderungen vom Mindestlohn ausgeschlossen werden. „Laut einer Statistik der BAG WfbM (Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen) erhielten im Jahr 2020 Beschäftigte mit Behinderung ein durchschnittliches monatliches Entgelt von 211 Euro. Dieser Betrag setzt sich aus dem Arbeitsförderungsgeld und dem Grund- und Steigerungsbetrag zusammen. Die durchschnittliche Arbeitszeit liegt laut Geschäftsführerin Kathrin Völker in den Werkstätten bei ungefähr 36 Stunden pro Woche. Das entspricht einem Stundenlohn von ungefähr 1,46 Euro pro Stunde. Aufgrund dessen muss die Gesetzgebung geändert werden.“[1] Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können und dürfen nicht noch gezwungen sein, Unterstützung vom Staat beantragen zu müssen. Das gilt auch für Menschen mit Behinderung. Die derzeitige Gesetzgebung ist mit der UN-Menschenrechtskonvention nicht vereinbar und muss schleunigst geändert werden.

Quellen

[1] DLF: „Klare Menschenrechtsverletzung“ – warum bekommen behinderte Menschen in Werkstätten keinen Mindestlohn?

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Görlitz, Jusos Lausitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos
Nordsachsen (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Mehr Jugendberufsagenturen braucht das Land!**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den*
2 *SPD-Landesparteitag mit Ziel der Weiterleitung an den Landtag Sachsen*
3 *weiterleiten:*

4 Wir sprechen uns dafür aus, das Modell der Jugendberufsagentur in ganz Sachsen
5 zu etablieren. Die einzelnen Städte mögen dafür in Gespräche mit den regional
6 ansässigen Jobcentern, Agenturen für Arbeit und der sächsischen Bildungsagentur
7 treten. Vorbild für die Umsetzung können dabei das im September 2016 eröffnete
8 „Haus der Jugend“ in Leipzig oder die in Hamburg seit 2012 flächendeckend
9 bestehenden Jugendberufsagenturen sein.

10 In der Jugendberufsagentur sollen innerhalb eines gemeinsamen Dienstleistungs-
11 und Hilfesystems die verschiedensten Kompetenzen an einer Stelle vereint werden.
12 Die gemeinsame Einrichtung soll Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum
13 Alter von 27 Jahren bei der Berufsorientierung, der Ausbildungsplatzsuche und
14 letztendlich dem Übergang in das Arbeitsleben behilflich sein. Des Weiteren soll
15 dieser Ort als Anlaufstelle bei allen Problemen und Lebensfragen dienen. Zu
16 diesem Zweck wird ein einheitlicher Außenauftritt etabliert und regionale
17 Standorte geschaffen, an dem die Zuständigen aus den verschiedensten
18 Rechtskreisen zusammenarbeiten. Die Kooperation zwischen den Schulen und
19 Jugendberufsagenturen, beispielsweise durch gemeinsame Veranstaltungen, muss ein
20 zentrales Ziel dieses Vorhabens darstellen.

Begründung

Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ganz Sachsen sollen eine oder auch mehrere Chancen auf eine gute berufliche Ausbildung oder ein Studium erhalten. Viel zu vielen jungen Menschen gelingt der Berufseinstieg noch gar nicht oder nicht zufriedenstellend, da die Qualität der innerschulischen Berufsorientierung oft zu wünschen übrig lässt. Das Modell der Jugendberufsagenturen bündelt alle dafür notwendigen Kompetenzen an einem Anlaufpunkt. Egal ob es um schlechte Leistungen in der Schule, familiäre Probleme oder die konkrete Vermittlung von Angeboten geht – Jugendliche sollen hier nicht von Behörde zu Behörde geschickt werden, sondern alle Ansprechpartner*innen unter einem Dach finden.

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Vogtland (dort beschlossen am: 06/03/2023)

Titel: **Lern-Innovation statt preußischer Disziplin.
Talentförderung statt Diskriminierung**

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos-Sachsen möge beschließen:
- 2 1. Das dass 3- Gliedrige Schulmodel eine unzeitgemäße Bewertung der
3 tatsächlichen Fähigkeiten und Intelligenz der Schüler/-innen darstellt und
4 deshalb überwunden werden muss. Die Einführung des Gesamtschulmodells.
- 5 2. Die Grundsätzliche Überarbeitung und Reform des Schulsystems auf Grundlage
6 der bekannten wissenschaftlichen Standards.
- 7 3. Bereitstellung der dafür benötigten Ressourcen

Begründung

Die Grundstruktur unseres Schulsystems, sowohl in Sachsen wie auch in der gesamten Bundesrepublik ist ein Relikt aus der Vergangenheit. Vor über 300 Jahren von König Friedrich II eingeführt diente es einzig dem Zweck aus heranwachsenden Kindern treue und hörige Staatsbürger/-innen zu schaffen. Individuelle Talente oder persönliche Eigenschaften waren dabei nicht von Bedeutung. Die Vermittlung von Wissen hatte einzig und allein den Nutzen die Bevölkerung zu auf ein Leben im Dienst des Herrschers vorzubereiten. Sei es als Bauer, Handwerker oder Soldat. Aus dem Kasernenhof stammte auch die pädagogische Eignung der Lehrer für die Schulen auf dem Land. Da diese wurden aus den Verwundeten Soldaten rekrutiert, welche nicht länger im Militär dienen konnten.

Natürlich hat sich das Schulsystem im Laufe der Jahrhunderte weiterentwickelt und insbesondere unsere Lehrer/-innen leisten einen herausragenden Job, Reformbedarf im System besteht dennoch! Selektiveren der Kinder nach Noten in Gymnasium, Realschule und Hauptschule, ohne Rücksicht auf bereits bestehende soziale Kontakte und ein Lehrplan der unabhängig von individuellen Fähigkeiten auf alle Kinder eines Jahrganges angewendet wird, das sind Strategien aus längst vergangener Zeit. Und so sollen kreative, verantwortungsvolle junge Erwachsene entstehen? Noch schlimmer, diese Art der Wissensvermittlung und Bewertung entscheidet in der Regel über den Werdegang eines Kindes für den Rest seines Lebens. Das ist praktizierte Diskriminierung bei den schwächsten unserer Gesellschaft.

Interessant ist das, würde man die besten Lehrer/-innen, Kinderpsychologen/-innen, Lernpädagogen/-Innen und Sozialpädagogen/-innen in unserem Land dazu auffordern ein Schulsystem zu entwickeln, welches nach unserem heutigen Wissenstand über Lernen und Entwicklung konzipiert wäre, so würde dies mit unserem derzeit praktizierten Schulsystem nicht das Geringste zu tun haben. Im Jahr 2017 wurde eine Studie der DAK-Gesundheit veröffentlicht aus der hervorgeht das 43% Schüler/-innen unter permanenten Leistungs- und Prüfungsdruck stehen. Knapp ein Fünftel leiden an depressiver Verstimmung. Bei den Lehrern sieht es nicht besser aus knapp ein Drittel der Junglehrer/-innen in Sachsen verlassen den Beruf aufgrund von Burnout oder

Bornoutsymptomen. Die Corona-Pandemie und die damit einhergegangenen Schließungen von Schulen dürfte die Situation nicht verbessert haben.

Die bereits in Deutschland existierenden Montessorischulen und Kindergärten geben die ersten entscheidenden Grundlagen wie kindergerechtes Lernen aussehen sollte. Das ist ein wunderbarer erster Meilenstein in Bezug auf zeitgemäße Erziehung. Auch andere Organisation, wie das Deutsche Schulportal der Robert Rosch Stiftung, zeigen erste Ideen wie die Schule der Zukunft aussehen sollte. So beschreibt die Organisation in einem Artikel vom 18.10.2022 die Idee ein Schulfach mit dem Thema „Das Leben“ einzuführen. Ein sehr guter Vorschlag! Doch auch das ist nur ein kleiner Tropfen auf einen sehr heißen Stein. Machen wir uns bewusst, dass unsere Kinder und deren Ausbildung, dazu zählen insbesondere auch die Kinder aus zugezogenen Familien, die Zukunft von uns allen sind. Diese Kinder werden mit Herausforderungen konfrontiert sein, die wir noch gar nicht kennen. Denn dazu zählt nicht nur der Klimawandel, sondern auch eine sich verändernde Weltlage. Das Mindeste, was wir ihnen schulden ist eine bestmögliche Vorbereitung auf ihre Zukunft. Um das zu erreichen, erfordert es Mut die nötigen Reformen anzustoßen und massive Ressourcen, um es umzusetzen. Aber das muss es uns Wert sein.

Als Jusos Sachsen sollten wir die ersten sein die den Mut haben ein solche Reform zu fordern da wir auch die JSAG in unseren Reihen beherbergen und es somit auch unsere Aufgabe ist für ihre Zukunft einzustehen

A18

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Nordsachsen, Jusos Mittelsachsen, Jusos Görlitz, Jusos
Lausitz (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: Lasst die jungen Leute unterrichten!

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen, mit Ziel der*
2 *Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und an die SPD-Fraktion im Sächsischen*
3 *Landtag:*

4 Wir sprechen uns dafür aus, das Lehramtsstudium in Sachsen durch eine duale
5 Komponente zu erweitern. Ziel ist es vor allem dem immensen Lehrer*innenmangel
6 entgegenzuwirken und die Studierenden frühzeitig praktische Erfahrungen für
7 ihren späteren Beruf sammeln zu lassen. Ab dem 4. Semester soll die Möglichkeit
8 bestehen, eine "Unterrichtsberechtigungsbescheinigung" infolge einer Prüfung zu
9 erlangen, in der die pädagogischen und fachlichen Kompetenzen des/der
10 Studierenden begutachtet werden. Nach Erlangen dieser Bescheinigung soll es nun
11 möglich sein, Schulklassen bis maximal zur 7. Klasse alleine zu unterrichten und
12 dafür auch entsprechend entlohnt zu werden. Die didaktische Betreuung in der
13 Schule soll durch eine*n Praxisbetreuer*in erfolgen.

Begründung

Zu Beginn des derzeit laufenden Schuljahres fehlten laut GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) alleine für die Minimalausstattung 3.000 Stellen an Lehrer*innen. Daraus folgen Unterrichtsausfall, größere Klassen, schlechtere Lernatmosphäre und Stress auf beiden Seiten des Lehrerpults. Aus Studierenden-Sicht würde das frühere Einsteigen in die praktische Arbeit vor allem eins bedeuten: Unabhängigkeit. Das Lehramtsstudium beläuft sich in Sachsen auf vier bis fünf Jahre Regelstudienzeit zuzüglich 1,5 Jahre

"Vorbereitungszeit" bzw. Referendariat. Als Referendar*in ist man an vier Tagen pro Woche an einer Schule tätig und an einem Tag erfolgt die theoretische Ausbildung. Das Gehalt für diese Arbeit beläuft sich auf rund 1600 Euro brutto - nicht gerade viel nach fünf Jahren Studium. Durch die Möglichkeit, schon früher mit den erlernten Kompetenzen Geld zu verdienen, steigert man die Attraktivität des Lehrer*innenberufs immens und schafft eine größere finanzielle Freiheit für die Studierenden. Des Weiteren wirkt man auch der Überakademisierung entgegen und legt den Fokus mehr auf die Praxisfähigkeiten, was in Summe zum Qualitätsanstieg des Unterrichts führen dürfte. Auch die eigene Berufsorientierung wird gefördert, denn es kann früher reflektiert werden, ob die persönlichen Vorstellungen des späteren Berufslebens wirklich zufriedenstellend mit der Realität übereinstimmen - und das erfährt man besser nach vier Semestern als nach zehn.

Quellen

- <https://www.google.com/url?q=https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/schule--schulbeginn-bildung-ehrer-mangel-offene-stellen-100.html&sa=D&source=docs&ust=1673642332189324&usg=AOvVaw1HluKOSFHqObMYqNA-riCQm>
- https://www.google.com/url?q=https://info-beihilfe.de/lehramtsreferendariat-sachsen/&sa=D&source=docs&ust=1673642332190026&usg=AOvVaw3Qxy5U8EYq_0gaSCszSXBr

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Görlitz, Jusos Lausitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos Nordsachsen (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Finanzierung der Legasthenie- und
Dyskalkulietherapie durch die Krankenkassen
und die Jugendhilfe**

1 Weiterleitung: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Juso-
2 Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

3 Entwicklungsdefizite, wie Legasthenie (Lese- und Rechtschreibschwäche) und
4 Dyskalkulie (Rechenschwäche), müssen als Krankheit anerkannt werden. Therapie
5 bzw. Förderung der Betroffenen muss unbürokratisch durch die Krankenkassen
6 finanziert werden, wenn eine ausreichende Förderung in der Schule nicht möglich
7 ist.

Begründung

Die umschriebenen Entwicklungsstörungen sind zwar in der ICD-10 (International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems) aufgeführt, die nötigen Beratungen, Förderungen und psychotherapeutische Maßnahmen, zumeist in Form einer Einzelförderung im außerschulischen Bereich, werden derzeit jedoch nicht durch die Krankenkassen oder Jugendhilfe finanziert. Ausnahme: Bei einer vorliegenden oder drohenden seelischen Behinderung bzw. der drohenden Störung der Teilhabe am Leben zahlt die Jugendhilfe.

Hierfür müssen jedoch die Eltern stellvertretend für ihre Kinder einen Antrag einreichen. Daraufhin wird die

Beurteilung bezüglich der oben genannten Anforderungen durch verschiedene Stellungnahmen, wie z. B. von Lehrern, Eltern oder Kinder- und Jugendpsychiatern, eingefordert. Die letzte Entscheidung liegt dann wieder beim Jugendamt.[1]

Es gibt eindeutige Hinweise, dass der Erkrankung sowohl hirnstrukturelle als auch hirnfunktionelle Korrelate zugrunde liegen [2], die auf ein somatisches Krankheitsgeschehen hinweisen. Ebenso zeigt das erhöhte Risiko für beispielsweise emotionale Störungen, Straffälligkeit und Arbeitslosigkeit [3,4], dass eine unbürokratische Finanzierung der Behandlung und Unterstützung für alle Betroffenen durch die Krankenkassen dringend notwendig ist.

Quelle:

- [1] BVL - Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie e. V.; Finanzierung von Legasthenie- und Dyskalkulie-Therapien, www.bvl-legasthenie.de (28.05.2014)
- [2] Helmut Remschmidt (Hrsg.), K. Quaschner, F. M. Theisen; Kinder- und Jugendpsychiatrie: Eine praktische Einführung; Stuttgart 2011; Georg Thieme Verlag KG; 6. Auflage; S. 146-148
- [3] Ebd. S.150 & S.152
- [4] Jörg M. Fegert, Christian Eggers, Franz Resch (Hrsg.); Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters; Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2012; 2. Vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, S. 845-851

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Chemnitz (dort beschlossen am: 11/03/2023)

Titel: **Ausbildungspaket Sachsen**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und*
2 *weiterleiten an die SPD-Landtagsfraktion:*

3 Die letzten Jahre waren keine einfachen für uns alle. Insbesondere die Pandemie
4 und jetzt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben weitreichende Folgen
5 auf viele Lebensbereiche. Kontaktbeschränkungen, Kurzarbeit und Schließungen von
6 Betrieben haben tiefgreifende Folgen für unsere Wirtschaft. Diese Zustände
7 nehmen auch Einfluss auf Auszubildende und deren Ausbildungsqualität. Vielen
8 Azubis wurde dadurch der Lernstoff nur noch verknappt vermittelt und die Zeit
9 zum Erlernen der beruflichen Fähigkeiten war verkürzt. Wir finden, es ist an der
10 Zeit, mit dem „Ausbildungspaket Sachsen“ weitere Unterstützungen für eine
11 erfolgreiche Berufsausbildung von jungen Menschen auf den Weg zu bringen.

12 **Mehr Wohnraum für Auszubildende**

13 Viele junge Menschen in Ausbildung wohnen anfangs noch bei ihren Eltern. Meist
14 beginnen sie dann während der Ausbildung sich auf eigene Beine zu stellen und
15 suchen eine eigene Wohnung. Doch es ist gerade in Großstädten eine
16 Herausforderung, verfügbaren und mit Mitteln der Ausbildungsvergütung
17 finanzierbaren Wohnraum zu finden. Die Mieten sind zu hoch und laut dem DGB-
18 Jugend Ausbildungsreport von 2020 möchten 2/3 der Befragten gern in eine eigene
19 Wohnung ziehen, doch vielen bleibt diese Möglichkeit verwehrt. Daher fordern wir
20 mehr Wohnraum für Azubis. Konkret sollen Kommunen eine angemessene Anzahl an
21 Wohnungen bereitstellen, die sowohl für Einzelpersonen als auch WG-geeignet sind

22 und ausschließlich an Menschen in Ausbildung vergeben werden dürfen. Die Miete
23 darf dabei nicht höher als 20 - 25% der gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung
24 betragen. Außerdem sollen diese Wohnungen zentrumsnah und gut durch den ÖPNV
25 erreichbar sein.

26 **Umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie und Ausbildungsfonds für Sachsen**

27 Im Jahr 2020 sank die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge um 11 %. Im
28 Folgejahr ist die Zahl wieder leicht gestiegen, aber noch weit unter dem Wert
29 von 2019. Dies und der generelle Mangel an den gewünschten Ausbildungsplätzen
30 bedeuten, dass uns in Zukunft noch mehr Fachkräfte fehlen werden. Eine
31 Ausbildungsplatzgarantie beugt auch dem Fachkräftemangel vor, denn laut einer
32 Studie der Bertelsmann Stiftung könnten bis zu 20 000 Fachkräfte pro Jahr
33 hinzukommen.

34 Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie soll über drei Stufen funktionieren,
35 dabei schließen wir uns den Forderungen des DGB an:

36 Die Erste davon: Ein junger Mensch findet eine Ausbildung von gewünschtem Format
37 in einem Betrieb – hierbei handelt es sich um den bevorzugten Weg.

38 Zweite Stufe: Kleinere und mittlere Betriebe, die bislang aufgrund mangelnder
39 Kapazitäten nicht ausgebildet haben, sollen auf das Modell der Verbundausbildung
40 zurückgreifen können. Konkret kann das bedeuten, dass, wenn ein Betrieb
41 beispielsweise nicht über bestimmte Maschinen verfügt, dieser seine
42 Auszubildenden an außer- oder überbetriebliche Einrichtungen schicken kann, die
43 die nötigen Maschinen oder Ausbildungsmittel bereitstellen. Diese Einrichtungen
44 sollen besonders gefördert werden. So entstehen weitere Anreize für Betriebe,
45 Ausbildungsplätze anzubieten.

46 Dritte und letzte Stufe: Finden junge Menschen keinen passenden betrieblichen
47 Ausbildungsplatz, haben sie die Möglichkeit ihre Ausbildung in einer
48 außerbetrieblichen Einrichtung zu beginnen. Der Ausbildungsträger kooperiert mit
49 Betrieben in der Umgebung, in denen die Auszubildenden Praxisphasen absolvieren.
50 Zudem besuchen die Auszubildenden eine berufliche Schule, in der sie gemeinsam
51 mit betrieblichen Auszubildenden lernen.

52 Ziel ist hierbei, die Auszubildenden so schnell wie möglich an einen Betrieb zu
53 vermitteln, um dort ihre Ausbildung fortführen zu können.

54 Um das zu finanzieren, soll ein sächsischer Ausbildungsfonds eingerichtet
55 werden, in den alle Unternehmen einzahlen. Die Betriebe, die ausbilden, erhalten
56 eine finanzielle Förderung der Ausbildungskosten aus dem Fonds. Aus den weiteren

57 eingezahlten Geldern wird die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze
58 finanziert, also Kosten, die bei den außerbetrieblichen Trägern und deren
59 Kooperationspartnern entstehen.

60 **Planungssicherheit schaffen, Übernahme sichern**

61 Laut dem Ausbildungsreport 2022 der DGB-Jugend wussten nur 35 % der Befragten
62 zum Zeitpunkt der Befragung, dass sie am Ende ihrer Ausbildung übernommen
63 werden. Das muss mehr werden, da dies aus unserer Sicht ein möglicher Grund ist,
64 weshalb sich junge Menschen gegen eine Ausbildung entscheiden. Um dem
65 entgegenzuwirken, fordern wir eine verpflichtende Übernahme von einem Jahr nach
66 dem Ausbildungsende. Das gibt den Auszubildenden Sicherheit und die Möglichkeit
67 sich an den Alltag im Arbeitsleben zu gewöhnen, in dieser Zeit zu orientieren
68 und einen weiteren Lebensplan zu erstellen.

69 **Gesetzlichen Mindestlohn auch für Auszubildende**

70 Momentan ist durch die Mindestausbildungsvergütung die Mindesthöhe des
71 Einkommens der Menschen in Ausbildung geregelt. So bekommen Azubis im ersten
72 Lehrjahr 2023 mindestens 620 € und im dritten Lehrjahr 837 €. Wir erachten das
73 für zu wenig! Viele Kosten von Auszubildenden unterscheiden sich nicht von denen
74 der Facharbeitenden. So bezahlen beide die gleichen Preise für Lebensmittel,
75 Kleidung oder Kraftstoffe. Auch Miet- und Nebenkosten sind für Azubis nicht
76 gesenkt und häufig eine erhebliche Belastung. Deswegen fordern wir, dass der
77 gesetzliche Mindestlohn auch für Auszubildende gezahlt wird und der §1 des
78 Mindestlohngesetzes Anwendung findet.

79 **Unsere Forderungen zusammengefasst:**

- 80 • Wohnraum für Auszubildende mit Mietkosten in Höhe von 20 - 25% der
81 gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung
- 82 • eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie und einen sächsischen
83 Ausbildungsfonds
- 84 • eine Übernahmepflicht für 1 Jahr nach Ausbildungsende
- 85 • Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns auch für Auszubildende

86 Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass sich mehr junge Menschen für eine
87 Ausbildung begeistern können. Wir möchten dazu beitragen, dass sie auf diesem

88 Weg in der Lage sind, Erfahrung und Erkenntnisse zu sammeln, Menschen
89 kennenzulernen und den eigenen Lebensunterhalt bestreiten können.

90 **Referenzen:**

91 [1] [https://www.igmetall.de/jugend/auszubildende/ausbildungsgarantie-das-](https://www.igmetall.de/jugend/auszubildende/ausbildungsgarantie-das-fordern-ig-metall-jugend-und-dgb)
92 [fordern-ig-metall-jugend-und-dgb](https://www.igmetall.de/jugend/auszubildende/ausbildungsgarantie-das-fordern-ig-metall-jugend-und-dgb)

93 [2] [https://jugend.dgb.de/meldungen/ausbildung/++co++63d3a226-ebc1-11ec-b518-](https://jugend.dgb.de/meldungen/ausbildung/++co++63d3a226-ebc1-11ec-b518-001a4a16011a)
94 [001a4a16011a](https://jugend.dgb.de/meldungen/ausbildung/++co++63d3a226-ebc1-11ec-b518-001a4a16011a)

95 [3] <https://www.dgb.de/++co++b79d0ae4-e7ab-11ea-807a-001a4a160123>

96 [4] [https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/august/ausbildungsgarantie-bringt-pro-jahr-bis-zu-20000-zusaetzliche-fachkraefte)
97 [meldungen/2021/august/ausbildungsgarantie-bringt-pro-jahr-bis-zu-20000-](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/august/ausbildungsgarantie-bringt-pro-jahr-bis-zu-20000-zusaetzliche-fachkraefte)
98 [zusaetzliche-fachkraefte](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/august/ausbildungsgarantie-bringt-pro-jahr-bis-zu-20000-zusaetzliche-fachkraefte)

A21

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Mittelsachsen, Jusos Nordsachsen, Jusos Görlitz, Jusos
Lausitz (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Arbeiter*innenkinder vereinigt euch! - Wider
dem Class Pay Gap**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie*
3 *über den Juso-Bundeskongress und den SPD-Bundesparteitag an die SPD-Fraktion im*
4 *Deutschen Bundestag weiterleiten:*

5 Die Erzählung von einem Karriereaufstieg durch harte Arbeit, eigene Bemühung,
6 Mut und Beharrlichkeit ist in unserer Gesellschaft zusammen mit dem Glauben, der
7 Mensch könne sich selbst an den Haaren aus dem Sumpf herausziehen, fest
8 verankert. Anders als von liberalen und konservativen Politiker*innen immer
9 wieder dargestellt, ist für Spitzenkarrieren in Deutschland nicht die
10 individuelle Leistung, sondern die soziale Herkunft der ausschlaggebende Punkt.
11 So kommen Arbeitnehmer*innen aus der Arbeiter*innenklasse schwerer in gut
12 bezahlte Anstellungsverhältnisse. Und selbst wenn sie es schaffen, dann
13 verdienen sie weniger als Arbeitnehmer*innen aus besser gestellten Schichten.
14 Das gilt auch, wenn sie die gleiche Arbeit verrichten oder einen ähnlichen
15 Bildungshintergrund haben.

16 Menschen aus nichtakademischen und finanzschwachen Familien sind bezüglich ihres
17 Einkommens mit einer starken Klassenschranke konfrontiert. Studien beziffern das
18 Lohngefälle zwischen Angestellten aus Arbeiter*innenfamilien und ihren
19 Kolleg*innen, deren Eltern Akademiker*innen sind, auf umgerechnet 7.680,00 Euro
20 pro Jahr. Auch wenn harte Arbeit immer wieder gelobt wird, hat sie doch nur

21 geringe Auswirkungen auf die soziale Mobilität der meisten Menschen. Das
22 verdeutlichen Untersuchungen der Mobilitätsraten zwischen einzelnen Berufen. So
23 werden traditionelle Berufe wie Jura, Medizin und Finanzwesen häufig von Kindern
24 höherer Führungskräfte und Fachleute dominiert, während technische Berufe mit
25 einer breiteren Rekrutierung eine relative Offenheit und Aufwärtsmobilität
26 aufweisen. Dem gegenüber stehen Berufe mit hohem Status wie Vorstandsvorsitzende
27 und Unternehmensberater*innen, bei denen die Kluft zwischen den Klassen noch
28 größer ist.

29 Der sogenannte Class Pay Gap wurde von den Soziologen Sam Friedman und Daniel
30 Laurison identifiziert. Die Forscher konnten für das Lohngefälle eine relative
31 Differenz von dreizehn Prozent berechnen. Das bedeutet, dass Menschen aus
32 unterprivilegierten Verhältnissen, die es ins Berufsleben geschafft haben, fast
33 einen Tag alle sieben Tage umsonst arbeiten. Das Lohngefälle bleibt auch dann
34 bestehen, wenn wichtige Faktoren wie Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft,
35 Bildung, Humankapital und verschiedene Aspekte des Arbeitskontextes
36 berücksichtigt werden. Der Unterschied wächst sogar noch im Hinblick auf
37 Arbeitnehmerinnen aus der Arbeiter*innenklasse und wird hier speziell als Gender
38 Pay Gap bezeichnet. Dieser beträgt in Deutschland achtzehn Prozent.[1, 2, 3, 4]

39 Machen wir uns nichts vor, der soziale Aufstieg in unserem Land ist schwierig.
40 Der bestehende Klassismus verhindert nicht zuletzt Karrieren und beraubt unsere
41 Gesellschaft um das vielfältige Potenzial der Arbeitnehmer*innen, die nie eine
42 Chance hatten, sich beweisen zu können. Zudem sind angesichts der aktuellen
43 Lebenshaltungskostenkrise die vom Lohngefälle betroffenen Menschen nicht zuletzt
44 doppelt getroffen, da die Inflation das an sich schon geringere Einkommen
45 auffrisst. Wir sind deshalb der Ansicht, dass Arbeitgeber*innen und die
46 Regierung dringend Maßnahmen ergreifen müssen, um zu verhindern, dass
47 Hunderttausende von Arbeitnehmer*innen unterbewertet und unterbezahlt werden.
48 Wir erkennen die Klasse bzw. soziale Herkunft als Merkmal der Diskriminierung,
49 ähnlich wie es beim Geschlecht oder dem Migrationshintergrund der Fall ist.

50 **Karrierechancen fördern, Unternehmen fordern**

51 Der Erfolg unseres Landes in der globalen Wirtschaft hängt davon ab, dass die
52 besten Leute, unabhängig von ihrem Hintergrund, die Chance auf einen Beruf
53 entsprechend ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten bekommen und nicht von
54 Klassenschranken behindert werden. Zu oft verkennen Vorgesetzte das Potenzial
55 möglicher Angestellter und schaden damit nicht zuletzt dem Betrieb oder der
56 Firma. Im Hinblick auf das Geschlecht versuchen Unternehmen es zunehmend mit
57 festen Quoten, ähnlich wie es in unserer Partei der Fall ist. Es gibt jedoch
58 keine Quoten für die soziale Herkunft oder Maßnahmen zur Beseitigung des damit
59 verbundenen Lohngefälles.

60 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Unternehmen ab einer bestimmten Größe
61 erfassen sollten, wie groß der vorhandene Class Pay Gap ist. Die Feststellung
62 sollte über anonymisierte Datenabfragen erfolgen. Zudem braucht es eine
63 Offenlegungspflicht von Lohnstrukturen zur Überprüfung der fairen Bezahlung
64 unabhängig von der sozialen Herkunft sowie Lohnuntersuchungen durch unabhängige
65 Regierungsstellen. Wir fordern deshalb Konsultationen zwischen den Arbeits- und
66 Sozialministerien von Bund und Ländern zur Schaffung eines gesetzlich
67 verankerten Melderegisters für Lohnunterschiede nach Berufsgruppen.
68 Vergleichbare Ansätze in England zeigen bereits jetzt die positiven Auswirkungen
69 der Verringerung des Lohngefälles, etwa bei der angenehmeren Unternehmenskultur
70 und den Geschäftsergebnissen.[5]

71 **Selbstbewusstsein vs. soziale Scham**

72 Neben dem finanziellen Kapital gibt es kulturelles und soziales Kapital, die
73 maßgeblich die Position und Möglichkeiten einer Person in der Gesellschaft
74 beeinflussen. In Abhängigkeit der eigenen Sozialisation in Familie und Umfeld
75 gelingt es Menschen einfacher, sich in bestimmten gesellschaftlichen Räumen zu
76 bewegen. Sie sind mit dem speziellen Habitus vertraut. Hierbei handelt es sich
77 um gewisse Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata, die in Relation zur
78 Sozialisation eines Individuums stehen. Wollen wir über die Auswirkungen der
79 sozialen Herkunft diskutieren, dürfen wir den Habitus nicht außen vor lassen.
80 Ein spezieller Habitus exkludiert Menschen, wenn ihnen die Sprechweise,
81 Verhalten und Codes einer Gruppe nicht bekannt sind. Daraus resultieren auch
82 unterschiedliche Chancen im Berufsleben und verringerte Möglichkeiten der
83 gesellschaftlichen Teilhabe. So wählen Vorgesetzte eher Bewerber*innen aus, die
84 aus einer gleichen sozialen Schicht kommen und durch ihre Eltern und ihr Umfeld
85 einen entsprechenden Habitus erlernt haben. Das liegt nicht zuletzt daran, dass
86 Menschen uns besonders sympathisch sind, wenn sie ähnlich aufgewachsen sind, wie
87 man selber, ähnliche Kleidung tragen, ein ähnliches Verhalten oder eine ähnliche
88 Sprechweise an den Tag legen.

89 Die exkludierenden Effekte des Habitus wirken sich auch auf das Auftreten bei
90 Bewerbungsgesprächen und Gehaltsverhandlungen aus. Menschen aus akademischem
91 Elternhaus treten oft selbstbewusster auf und trauen sich mehr zu. Sie kennen
92 aus ihrem eigenen Umfeld Vorbilder, die gut verdienen oder entsprechend hohe
93 Gehälter verhandeln können. Außerdem profitieren sie von Verbindungen und
94 Netzwerken, die Arbeiter*innenkinder in dieser Form nicht haben. Menschen aus
95 nichtakademischen Haushalten erleben zudem öfters soziale Scham und geben sich
96 schneller mit ihrer niedrigeren Position zufrieden.[6, 7]

97 Wir halten es für unabdingbar, dass auch Menschen ohne bisherige Verbindungen zu
98 Netzwerken durch ihr Umfeld respektive ihre Eltern den Zugang zu

99 karierefördernden Netzwerken erhalten müssen. Schulen, Hochschulen und
100 Unternehmen sollten verstärkt Mentoring-Programme zur Karriereförderung
101 insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus
102 nichtakademischen Familien anbieten. Diese Programme benötigen eine
103 entsprechende staatliche Unterstützung und Ausfinanzierung. So sollen Betroffene
104 durch Workshops über Gehaltsverhandlungen und Bewerbungsgespräche in die Lage
105 versetzt werden, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und ihre soziale Scham ablegen
106 zu können.

107 **Das Problem bei der Wurzel packen**

108 Für uns ist klar, dass die aufgezählten Probleme struktureller Natur sind, die
109 schon mit dem Bildungsweg beginnen. So studieren nach Daten des Deutschen
110 Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) nur 27 % der Kinder
111 aus nichtakademischen Familien. Bei den Akademiker*innenkindern sind es 79 %.
112 Ursache hierfür ist unser dreigliedriges Schulsystem, das Kinder schon früh
113 danach trennt, ob sie später einmal studieren wollen oder nicht und so schon
114 drastisch über den weiteren Lebensweg mitentscheidet. Zudem sind
115 Arbeiter*innenkinder häufig im Auftreten weniger selbstbewusst, mehr von
116 Zweifeln geprägt und haben erwiesenermaßen eher die Angewohnheit, sich mit ihrem
117 Schicksal abzufinden. Hinzu kommt die anhaltende Diskriminierung von
118 Schüler*innen aufgrund ihrer sozialen Herkunft und Position. Das können etwa
119 beleidigende oder herabwürdigende Kommentare durch Mitschüler*innen aus
120 finanziell besser gestellten Elternhäusern sein, aber ebenso strukturelle
121 Benachteiligungen wie begrenzter Zugang zu zusätzlichen Lehr- und
122 Lernmaterialien. Viele junge Menschen werden so später gar nicht erst aufsteigen
123 können, weil sie bereits im Schulalter bewusst oder unbewusst ausgeschlossen
124 werden.

125 Auch an den Hochschulen macht sich die durch die soziale Herkunft geprägte
126 ungleiche Ressourcenverteilung etwa beim Hochschulzugang, dem Studienerfolg und
127 -verlauf sowie der Studienfinanzierung bemerkbar. Universitäten und Hochschulen
128 sind öffentliche Räume, in denen ein universitär/akademischer Habitus vorhanden
129 ist. Für Erststudierende ist dieser oft fremd und kann nachhaltig Wohlbefinden
130 und Studienerfolg negativ beeinflussen. Arbeiter*innenkinder erfahren eine
131 zusätzliche Belastung, da sie im Elternhaus u. a. weniger oft den Umgang mit
132 Fachbegriffen oder freiem Sprechen üben. Weniger Masterabschlüsse und
133 Promotionen sind die Folge. Aber auch erfolgreich beendete
134 Qualifizierungsarbeiten sind noch lange kein Garant dafür, später Top-Positionen
135 im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich zu erreichen. Eine Studie der
136 Hans-Böckler-Stiftung von 2014 belegt, dass lediglich 25,9 % der Absolvent*innen
137 mit Eltern ohne Hochschulabschluss eine Promotion beginnen, während es bei
138 Absolventinnen und Absolventen mit beiden Eltern mit Hochschulabschluss 41,5 %

139 sind.[8, 9, 10, 11]

140 Für uns kommt es deshalb darauf an, dass bereits frühzeitig im Bildungsweg die
141 mit der sozialen Herkunft verbundene Diskriminierung bekämpft wird. Wir setzen
142 uns dafür ein, dass es mehr Gemeinschaftsschulen geben muss und die Hürden zur
143 Übernahme des Modells einer Gemeinschaftsschule insbesondere auch im ländlichen
144 Raum verringert werden. Kinder sollten länger gemeinsam lernen können. Zudem
145 braucht es endlich spezielle Schulungen für Lehrer*innen zur Förderung von
146 Kindern aus nichtakademischen und finanzschwachen Familien. Es braucht eine
147 Sensibilisierung der Lehrer*innen für soziale Diskriminierung und deren Folgen.
148 Zudem sollten Lehrkräfte im Unterricht auch dazu beitragen, dass
149 Aufstiegschancen vermittelt werden. Weiterhin reicht es nicht, dass das
150 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) lediglich zwei Milliarden
151 Euro in das Startchancen-Programm investiert, um so mehr Bildungsgerechtigkeit
152 und Fortschritte in der Schul- und Unterrichtsentwicklung anzuregen. Hier
153 braucht es eine umfangreiche Ausfinanzierung und finanzielle Unterstützung für
154 Arbeiter*innenkinder. Angebote der Schulsozialarbeit sollten außerdem ausgebaut
155 und im Schulalltag fest verankert werden.

156 **Soziale Herkunft als geschütztes Diskriminierungsmerkmal**

157 Wir müssen die soziale Herkunft als einen Faktor sehen, durch den Menschen
158 Vorurteilen ausgesetzt sind, herabwürdigend behandelt, benachteiligt und
159 ausgeschlossen werden. Zudem werden Lebenschancen und Möglichkeiten einer Person
160 durch weniger Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen und gesellschaftlichen
161 Ressourcen in erheblichem Maße beeinflusst. Um die strukturellen Probleme
162 überhaupt erst bekannt zu machen, braucht es die Aufnahme der sozialen Herkunft
163 als geschütztes Diskriminierungsmerkmal in den §1 des Allgemeinen
164 Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Bisher sind hier nur die
165 Diskriminierungsmerkmale der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts,
166 der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der
167 sexuellen Identität aufgeführt.[12]

168 Es gibt mehrere Gründe dafür, die soziale Herkunft als Diskriminierungsmerkmal
169 in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufzunehmen. Die Aufnahme der sozialen
170 Herkunft als Diskriminierungsmerkmal in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz
171 würde es ermöglichen, diese Form der Diskriminierung gezielter zu bekämpfen und
172 die Chancengleichheit zu fördern. Es ist wichtig, dass die Gesetzgebung die
173 Realität der Gesellschaft abbildet und nicht nur die offensichtlichen Formen von
174 Diskriminierung wie Rassismus und Sexismus adressiert. So könnten gezielte
175 Maßnahmen zur Verringerung der Benachteiligung von Menschen mit niedriger
176 sozialer Herkunft ergriffen werden. Unternehmen und Arbeitgeber*innen wären dazu
177 verpflichtet, ihre Recruiting- und Personalentwicklungsprozesse auf

178 Chancengleichheit zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Weiterhin könnte
179 die soziale Mobilität gefördert werden, indem es Menschen aus niedrigeren
180 sozialen Schichten ermöglicht wird, Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen zu
181 erhalten, die sonst für sie unerreichbar wären. Das Bewusstsein für die
182 Auswirkungen von sozialer Herkunft auf die Lebenschancen und Möglichkeiten von
183 Menschen könnte geschärft und die Gesellschaft insgesamt inklusiver und
184 gerechter gestaltet werden. Nicht zuletzt wäre die Gesetzesänderung ein
185 wichtiger Schritt zur Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen für sozial
186 benachteiligte Menschen und könnte auch die aktuelle Lebenshaltungskostenkrise
187 abmildern.

188 **Unsere Forderungen zusammengefasst:**

- 189 • Die verpflichtende Erfassung des Class Pay Gap in Firmen ab einer
190 bestimmten Größe, verbunden mit der Offenlegungspflicht von Lohnstrukturen
191 zur transparenten Überprüfung einer fairen Bezahlung der
192 Arbeitnehmer*innen.

- 193 • Die Schaffung eines gesetzlich verankerten Registers für die Meldung von
194 Lohnunterschieden in den unterschiedlichen Berufsgruppen, welches durch
195 die Arbeits- und Sozialministerien in Bund und Ländern kontrolliert wird.

- 196 • Den verstärkten Ausbau von und mehr Unterstützung für Mentoring-Programme
197 zur Karriereförderung von jungen Erwachsenen aus nichtakademischen
198 Familien. Diese sollten in Verbindung mit Workshops über
199 Gehaltsverhandlungen und Bewerbungsgesprächen stehen.

- 200 • Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen, um das Bewusstsein für den Class
201 Pay Gap zu schärfen und um die Öffentlichkeit aufzufordern, sich für die
202 Bekämpfung des Problems weiter einzusetzen.

- 203 • Mehr Gemeinschaftsschulen, damit Kinder länger zusammen lernen können und
204 nicht so früh danach getrennt werden, ob sie später studieren wollen oder
205 nicht.

- 206 • Spezielle Schulungen für Lehrer*innen zur Förderung von Kindern aus
207 nichtakademischen und/oder finanzschwachen Familien mit dem Ziel einer
208 erhöhten Sensibilisierung gegenüber sozialer Diskriminierung und deren
209 Folgen sowie der Vermittlung von Aufstiegschancen.

- 210 • Eine umfangreiche Ausfinanzierung des neu aufgelegten Startchancen-
211 Programms des BMBF und eine Beschleunigung bei der Planung des Programms.

212 Insbesondere sollte die Schulsozialarbeit als dauerhaftes Angebot an
213 Schulen gefördert werden.

- 214 • Mehr finanzielle Unterstützung für Arbeiter*innenkinder
- 215 • Die Anerkennung der "sozialen Herkunft" als Faktor, der Menschen
216 ausschließt, durch die Aufnahme in §1 des Allgemeinen
217 Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) als geschütztes Diskriminierungsmerkmal.

218 Quellen (Zugriff vom 18. Januar 2023):

219 [1] [https://www.theguardian.com/inequality/2022/nov/12/revealed-working-class-](https://www.theguardian.com/inequality/2022/nov/12/revealed-working-class-people-paid-tho)
220 [people-paid-tho](https://www.theguardian.com/inequality/2022/nov/12/revealed-working-class-people-paid-tho)

221 [usands-less-than-middle-class-peers-despite-doing-same-jobs](https://www.theguardian.com/inequality/2022/nov/12/revealed-working-class-people-paid-tho)

222 [2] <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0003122416653602>

223 [3] <http://dx.doi.org/10.1177/0003122416653602>

224 [4] <https://amp.theguardian->

225 [com.cdn.ampproject.org/c/s/amp.theguardian.com/commentisfree/2](https://amp.theguardian-com.cdn.ampproject.org/c/s/amp.theguardian.com/commentisfree/2)

226 [022/nov/12/7000-a-year-thats-hit-to-your-salary-if-you-come-from-a-working-](https://amp.theguardian-com.cdn.ampproject.org/c/s/amp.theguardian.com/commentisfree/2)
227 [class-family](https://amp.theguardian-com.cdn.ampproject.org/c/s/amp.theguardian.com/commentisfree/2)

228 [5] <https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/class-pay-gap-wenn-die->
229 [klassenherkunft-ueberden-](https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/class-pay-gap-wenn-die-)

230 [lohn-entscheidet](https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/class-pay-gap-wenn-die-)

231 [6] <https://www.uni->

232 [heidelberg.de/gleichstellungsbeauftragte/themenseitesozialeherkunft.html#:~](https://www.uni-heidelberg.de/gleichstellungsbeauftragte/themenseitesozialeherkunft.html#:~)

233 [:text=Soziale%20Herkunft%20wird%20zum%20Diskriminierungsmerkmal,behandelt%2C%2](https://www.uni-heidelberg.de/gleichstellungsbeauftragte/themenseitesozialeherkunft.html#:~)
234 [0benachteiligt%20oder%20ausgeschlossen%20werden](https://www.uni-heidelberg.de/gleichstellungsbeauftragte/themenseitesozialeherkunft.html#:~)

235 [7] <https://www.zeit.de/arbeit/2022-04/klassismus-soziale-ungleichheit->
236 [klassengesellschaft-franc](https://www.zeit.de/arbeit/2022-04/klassismus-soziale-ungleichheit-)

237 [is-seeck-interview](https://www.zeit.de/arbeit/2022-04/klassismus-soziale-ungleichheit-)

238 [8] <https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/nichtakademiker-knapp-ein-drittel->
239 [der-kinder-studi](https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/nichtakademiker-knapp-ein-drittel-)

240 [ert-597](https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/nichtakademiker-knapp-ein-drittel-)

241 [9] <https://www.campus.de/buecher-campus->

242 [verlag/wissenschaft/soziologie/der_mythos_von_d](https://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/soziologie/der_mythos_von_d)

243 [en_leistungseliten-1863.html](https://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/soziologie/der_mythos_von_d)

244 [10] <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-doktoren-selten-aus->

245 [arbeiterfamilien-10076.htm](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-doktoren-selten-aus-)

246 [11] <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/startchancen-programm-was->
247 [hilft-benachteili](https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/startchancen-programm-was-)

248 [gten-schuelerinnen-und-schuelern-](https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/startchancen-programm-was-)

249 [wirklich/#:~:text=Mit%20dem%20Startchancen%2DProgr](https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/startchancen-programm-was-)

250 [amm%20sollen,und%20Sch%C3%BClern%20speziell%20gef%C3%B6rdert%20werden](https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/startchancen-programm-was-)

[12] <https://www.gesetze-im-internet.de/agg/index.html>

Begründung

Erfolgt mündlich

A22

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Vogtland (dort beschlossen am: 06/03/2023)

Titel: **Jeder UB verdient eine Stimme!**

1 Änderung/Erweiterung des §9 (LaVo) der Satzung der Jusos Sachsen.

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos möge beschließen, dass folgende
3 Formulierung der §9 Satzung hinzugefügt wird:

4 (1)Landesvorstand gehören an|...|

5 Neuer Punkt

6 (2)|..|„Dabei ist sicherzustellen, dass im gesamten Gremium des LaVo jeder UB
7 mit mindestens einem Mitglied vertreten ist. Diese Regelung ist entsprechend bei
8 Wahlen zu berücksichtigen.

9 Sollte ein UB keine Kandidat*in nominieren können, kann der Platz von einem
10 anderen UB besetzt werden.“

Begründung

Die Jusos Sachsen sind ein essenzieller Bestandteil in der organisierten politischen Arbeit für die Jugend. Diese Arbeit findet in den jeweiligen UB statt. Ob als Unterstützung für die Partei im jeweiligen Kreis, als Aktivistinnen und Aktivisten, oder in eigener Mission. Die Aufgaben der Jusos umfassen ein weites Themenfeld. Um dieser Aufgabe auch in Zukunft gerecht zu werden und als geschlossene Einheit auftreten zu können, ist es wichtig jedem UB die Möglichkeit zu geben sich an den Gestaltungsprozessen im LV zu beteiligen und ggf. die Interessen seines UB zu vertreten. Diese Form der Zusammenarbeit wird den kompletten Landesverband stärken, insbesondere im Hinblick auf kommende Herausforderungen. Darin liegt die Stärke von uns.

Natürlich ist der Zahl der Mitglieder in den einzelnen UB sehr unterschiedlich, dennoch sollte die Wichtigkeit eines UB nicht allein von der Anzahl der Mitglieder abhängig gemacht werden.

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Juso-Hochschulgruppen Sachsen (dort beschlossen am:
03/05/2023)

Titel: **Hand in Hand gegen Stillstand – gemeinsam für
nachhaltige Hochschulen in Sachsen!**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten:*

3 Die Klimakatastrophe stellt zweifelsohne die größte Herausforderung der
4 Menschheit im 21. Jahrhundert dar. Die Juso-Hochschulgruppen bekennen sich daher
5 uneingeschränkt zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels. Doch um dieses Ziel zu
6 erreichen, muss unsere Gesellschaft ihre Lebensweise grundlegend transformieren.
7 Konkret fordern wir den Kohleausstieg bis 2030 sowie eine Energieversorgung
8 ausschließlich aus erneuerbaren Quellen ab 2035. Der Ausbau erneuerbarer
9 Energien muss dabei stärker als je zuvor vorangetrieben und subventioniert
10 werden. Ebenso müssen sämtliche Subventionen für die fossile Energiewirtschaft
11 umgehend gestoppt werden, wobei eine soziale Abfederung für Haushalte mit
12 kleinem und mittlerem Einkommen gewährleistet werden muss.

13 Die Klimakrise muss vollumfassend und insbesondere unter Gerechtigkeitsaspekten
14 bekämpft werden. Frauen sowie Länder im globalen Süden sind von den Folgen der
15 Krise besonders betroffen und bedürfen daher eines besonderen Schutzes. Dies
16 erfordert eine umfassende Aufklärung und Bildung sowie eine Betrachtung der
17 Nachhaltigkeit in all ihren Aspekten. Eine nachhaltige Welt, die sich an den
18 Sustainable Development Goals (SDGs) orientiert, ist klimagerecht, feministisch,
19 internationalistisch und sozialistisch.

20 Im Kontext dieser Krise spielen auch die Hochschulen eine wichtige Rolle.
21 Nachhaltige Hochschulen können einen wichtigen Beitrag zur Abmilderung der Krise
22 des Artenverlustes, der Klimakrise und der Ungerechtigkeiten des Kapitalismus
23 leisten. Besonders in Sachsen müssen die Hochschulen eine Vorreiterrolle
24 einnehmen, um der Klimakrise wirksam zu begegnen. Die sächsischen Hochschulen
25 haben hierbei eine große Verantwortung und können durch innovative
26 Forschungsprojekte sowie den Einsatz erneuerbarer Energien und nachhaltiger
27 Technologien eine Vorreiterrolle einnehmen. Dabei muss jedoch auch eine soziale
28 Verantwortung berücksichtigt werden, um eine gerechte Transformation hin zu
29 einer klimagerechten Gesellschaft zu gewährleisten. Durch ein schnelles Handeln
30 der sächsischen Regierung kann sich das Bundesland als Innovationsstandort und
31 gesellschaftliches Beispiel für eine nachhaltige Transformation positionieren.
32 Besonders im Bereich der Hochschulen gibt es hier großes Potential, da Sachsen
33 über eine Vielzahl renommierter Universitäten und Forschungseinrichtungen
34 verfügt, die in der Lage sind, wegweisende Forschungsergebnisse im Bereich der
35 erneuerbaren Energien und der Nachhaltigkeit zu erzielen.

36 Die Landesregierung hat bedauerlicherweise die Gelegenheit verpasst, durch die
37 Novelle des sächsischen Hochschulgesetzes eine konsequente Verpflichtung zur
38 Nachhaltigkeit zu verankern. Stattdessen beschränkt sich die Novelle auf die
39 Forderung, dass an jeder Hochschule ein*e Prorektor*in für Nachhaltigkeit
40 zuständig sein soll und dass die Prägung der Studierenden im Sinne der
41 Nachhaltigkeit als Aufgabe festgeschrieben wird, ohne jedoch weitere
42 Verpflichtungen für die Hochschulleitungen zu formulieren.

43 Als Juso-Hochschulgruppen lehnen wir eine individualisierte Konsumkritik ab und
44 sehen die kapitalistische Wirtschaftsweise unserer Gesellschaft als stärkste
45 Ursache der Klimakatastrophe. Das fundamentale Problem sehen wir nicht bei
46 Individuen, die verheerende Entscheidungen treffen, sondern in dem System, in
47 dessen Kontext diese Entscheidungen gefällt werden. Nur durch eine systematische
48 Veränderung unserer Wirtschaftsweise hin zum demokratischen Sozialismus können
49 wir dieser Krise erfolgreich begegnen. Daher fordern wir als
50 hochschulpolitischer Verband die rasche Transformation hin zu einer
51 klimagerechten Hochschule bis zum Jahr 2030.

52 **Klimagerechter Campus und Betrieb**

53 Hochschulen und Universitäten in Sachsen sind große Verwaltungseinheiten und
54 bilden den Lebensmittelpunkt für viele Menschen. Sie sind wichtige Orte des
55 Lernens, der Forschung und des Austauschs. Als öffentliche Gebäude und
56 Veranstaltungsorte haben sie das Potenzial, die Klimakrise durch Bildungsarbeit
57 zugänglicher zu machen. Die Umgestaltung der Gebäude und Einrichtungen der
58 Hochschulen erfordert enormen Aufwand auf allen Ebenen der Organisation und

59 Verwaltung. Daher ist eine **langfristige und breit aufgestellte**
60 **Nachhaltigkeitsstrategie** von entscheidender Bedeutung, dessen Entwicklung durch
61 die Hochschulen sofort beginnen sollte. Sollte bereits ein solches Konzept
62 vorhanden sein, so muss es gegebenenfalls in Bezug auf seine Ziele verschärft
63 werden und die Umsetzung unverzüglich beginnen.

64 Wir setzen uns für eine transparentere Hochschulkultur ein und fordern daher die
65 Einführung eines **jährlichen Nachhaltigkeitsberichts des Rektorats gegenüber dem**
66 **Senat und der gesamten Hochschulgesellschaft**. Dieser Bericht soll nicht nur
67 Fortschritte aufzeigen, sondern auch Hindernisse und Anpassungsvorschläge
68 enthalten. Um sicherzustellen, dass dieser Bericht breit veröffentlicht wird,
69 soll er nicht nur dem Senat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden, sondern auch
70 über die Öffentlichkeitskanäle der Hochschule verbreitet werden.

71 Statt die Aufgabe von Nachhaltigkeit in einem Prorektorat zu verankern, welches
72 viele weitere Aufgaben hat, sollte **ein Prorektorat für Klima und Nachhaltigkeit**
73 **eingerrichtet werden**, das sich ausschließlich mit der Umsetzung der
74 Nachhaltigkeitsstrategie befasst. So kann eine effektive Umsetzung des Konzepts
75 gewährleistet werden.

76 Wir fordern, dass **sämtliche Entscheidungen, die von den Hochschulgremien**
77 **getroffen werden, auf ihre Vereinbarkeit mit Klimagerechtigkeit hin untersucht**
78 **werden**.

79 Eine partizipative Beteiligung aller Statusgruppen ist entscheidend bei der
80 Entwicklung und Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie. Dabei ist es besonders
81 wichtig, dass alle Angehörigen der Hochschule ein gleichberechtigtes
82 Mitspracherecht im Nachhaltigkeitsprozess haben. Das bedeutet, dass **alle Gruppen**
83 **regelmäßig über Umfragen eingebunden werden sollten** und **alle Gremien, die sich**
84 **mit Nachhaltigkeit an der Hochschule befassen, vierteljährlich besetzt werden**
85 **müssen**.

86 Um die nachhaltig engagierten Mitglieder der Hochschule zu koordinieren und zu
87 vernetzen, ist ein unabhängiges Nachhaltigkeitsbüro ein wertvoller Ort. Wir
88 fordern die **Einführung eines Nachhaltigkeitsbüros an jeder sächsischen**
89 **Hochschule, die von Studierenden und Mitarbeitenden gleichermaßen geleitet wird**.
90 Hier werden das Fachwissen von hauptberuflichen Nachhaltigkeitsbeauftragten und
91 die innovativen Ideen sowie persönlichen Erfahrungen von studentischen
92 Nachhaltigkeitsgruppen gebündelt. Das Nachhaltigkeitsbüro dient auch als freier
93 Raum für alle Nachhaltigkeitsgruppen der Hochschule, um den Austausch,
94 Workshops, Bildungsveranstaltungen und gemeinsame Aktionen zu fördern. Jeder
95 soll dazu ermutigt werden, sich an diesen Angeboten zu beteiligen, unabhängig
96 von Hintergrund und Vorkenntnissen.

97 **Die*der Nachhaltigkeitsbeauftragte wird von einem viertelparitätischem Gremium**
98 **mit gleicher Beteiligung der Statusgruppen und einer festgelegten Amtszeit**
99 **eingestellt.** Hierfür eignet sich die Einrichtung einer Rektorats- oder
100 Senatskommission mit entsprechend gleicher Sitzverteilung für alle
101 Statusgruppen, die neben der Wahl der beauftragten Person für Nachhaltigkeit
102 auch damit vertraut wird, der Hochschulleitung verbindliche Empfehlungen für die
103 Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu geben.

104 Wir freuen uns darüber, dass das SIB seit Jahresbeginn bereits von drei
105 regionalen sächsischen Unternehmen 100% Ökostrom bezieht und dies durch
106 entsprechende Herkunftsnachweise überprüft wird. Allerdings fehlt es an
107 Transparenz darüber, ob diese Firmen tatsächlich 100% nachhaltigen Strom
108 produzieren oder lediglich entsprechende Zertifikate erwerben. **Es ist wichtig,**
109 **dass das SIB auf die Firmen einwirkt und dafür sorgt, dass diese ihre**
110 **Ökostromproduktion stetig erhöhen.**

111 Darüber hinaus trägt die Hochschule die Verantwortung dafür, dass ihr Strommix
112 so nachhaltig wie möglich ist. Um dieses Ziel zu erreichen, **sollten**
113 **Photovoltaikanlagen auf allen Dächern der Hochschule installiert werden.** Sofern
114 dies nicht möglich ist, sollten die Dächer begrünt werden. Außerdem sollten bei
115 **zukünftigen Neubauten PV-Anlagen von Anfang an mitgeplant und gebaut werden.**
116 Sollten daraus Mehrkosten entstehen, müssen die Bundesländer ihrer ökologischen
117 Verpflichtung nachkommen und diese tragen. Nur so können wir die
118 Klimaneutralität der Hochschule erreichen.

119 Eine nachhaltige Hochschule sollte **Freiräume bieten, die von allen Angehörigen**
120 **der Hochschule genutzt werden können.** Hierzu zählen auch **begrünte Flächen und**
121 **Wasseranlagen,** die zur Erholung einladen und die Lebensqualität der
122 Besucher*innen erhöhen. Solche Naturräume tragen zur Erhaltung der Artenvielfalt
123 bei und bieten Tieren Lebensräume, weshalb sie insbesondere insekten- und
124 vogelfreundlich angelegt werden sollten. Natürliche Wasserflächen sorgen auch
125 für eine lokale Abkühlung, indem sie durch Verdunstungskühle die umliegende
126 Temperatur senken. Es gibt viele Vorteile bei der Schaffung von Naturräumen, wie
127 z.B. die Regulierung des Kohlenstoffzyklus.

128 Insbesondere in Städten sollten **Hochschulgelände entsiegelt** werden, um den
129 Gasaustausch und das Versickern von Regenwasser zu erleichtern, die Bodenfauna
130 zu schützen und die Stadt zu kühlen. Die Entfernung der Versiegelung trägt zur
131 Lebensqualität der Besucher*innen und zur Erhöhung der Artenvielfalt auf dem
132 Hochschulgelände bei. Die sächsischen Hochschulen müssen nicht nur durch ihre
133 Forschung, sondern auch durch ihre eigene Nachhaltigkeitspraxis Vorbild sein und
134 andere Institutionen und die Gesellschaft insgesamt inspirieren.

135 Ein spannendes Projekt zur Gestaltung eines grünen und lebenswerten Campus ist
136 die **Einrichtung von sogenannten "Grünen Klassenzimmern"**. Hierbei wird ein
137 natürlicher Raum in ein Lernumfeld verwandelt, in dem im Freien
138 Unterrichtsinhalte vermittelt werden können. Dabei wird oft ein Bezug zu
139 nachhaltigen Themen hergestellt, wodurch niedrigschwellige Bildungsarbeit
140 betrieben werden kann.

141 **Uni-Gardening-Initiativen sollten von den Hochschulen unterstützt werden**, um den
142 Studierenden Raum zu geben, nachhaltige Räume zu schaffen. Zudem fordern wir die
143 **Bereitstellung kostenloser Trinkwasserspender** auf dem Campus, um nicht nur den
144 Verbrauch von Einweg-Plastikflaschen zu reduzieren, sondern auch den Grundbedarf
145 an Wasser gerecht zu erfüllen. Alle diese Projekte können durch eine aktive
146 Beteiligung von Studierenden umgesetzt werden, müssen aber von der Hochschule
147 angestoßen und verwaltet werden. Die Schaffung eines grünen und lebenswerten
148 Campus ist ein wichtiges Thema für Hochschulen in Sachsen und sollte als solches
149 behandelt werden. Durch die Förderung von nachhaltigen Projekten und die aktive
150 Einbindung von Studierenden können Hochschulen nicht nur ihre Verantwortung für
151 den Schutz der Umwelt wahrnehmen, sondern auch dazu beitragen, ein
152 nachhaltigeres Bewusstsein in der Gesellschaft zu schaffen, indem die
153 sensibilisierten Studierenden als Multiplikator*innen in ihrem zukünftigen
154 Arbeitsleben und im gesellschaftlichen Austausch fungieren können.

155 Eine digitale Hochschule ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer
156 nachhaltigen Hochschule und kann eine Inspiration für alle Mitglieder sein, den
157 Arbeits- und Studienplatz nachhaltiger zu gestalten. Durch die Digitalisierung
158 kann zum Beispiel der Papierverbrauch reduziert und die Verwaltung effizienter
159 gestaltet werden. Um eine nachhaltigere und umweltfreundlichere Arbeitsweise an
160 den sächsischen Hochschulen zu fördern, fordern wir von der Landesregierung,
161 **digitale Systeme bereitzustellen, die die Kommunikation mit und zwischen den**
162 **Hochschulen sowie das Bearbeiten von Dokumenten vollständig papierfrei**
163 **ermöglichen.**

164 Zusätzlich sollten die sächsischen Hochschulen verpflichtet werden, ihre
165 **Mitarbeitenden hinsichtlich der Nutzung von digitalen Systemen zu**
166 **sensibilisieren und Formulare, wo immer möglich, auf digitale Formate**
167 **umzustellen.** Dabei ist es wichtig, den tatsächlichen Nachhaltigkeitsgewinn von
168 digitalisierten Prozessen kritisch zu hinterfragen und **Maßnahmen zur Reduzierung**
169 **des Stromverbrauchs der Rechenzentren sowie der technischen Geräte zu ergreifen.**

170 Die Juso-Hochschulgruppe **fordert ein generelles Überdenken des Reiseverhaltens.**
171 Durch die Abrechnungsstellen sollen Notwendigkeit der Reise, Reisezeit und
172 Reisedistanz kritisch auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft werden, außerdem ist
173 die Erlaubnis und Erstattung von innerdeutschen Flügen durch die Hochschulen

174 strikt abzulehnen. Als umweltfreundliche Alternative zu Dienstreisen soll die
175 Digitalisierung von Meetings und Konferenzen sowie die dafür notwendige
176 Ausstattung gefördert werden. **Ein Kompensationskonzept für durch Reisen**
177 **entstehende CO2-Äquivalente muss erarbeitet werden und dessen Mehrkosten bei der**
178 **Wahl der Transportmittel berücksichtigt werden.** Es müssen verbindliche
179 Weiterbildungen sowie Informations- und Diskussionsformate etabliert werden, um
180 das Bewusstsein für ökologische und soziale Kriterien zu stärken.

181 **Klimagerechtigkeit in der Forschung und dem gesellschaftlichen Engagement von** 182 **Hochschulen**

183 Die Juso-Hochschulgruppen fordern einen verstärkten Fokus der sächsischen
184 Hochschulen auf die **Erforschung von Transformationskonzepten zur Bekämpfung der**
185 **Klimakrise und die Umsetzung dieser Konzepte innerhalb der Hochschule.** Es ist
186 entscheidend, dass die Ergebnisse dieser Forschung nicht nur nach außen
187 kommuniziert, sondern auch innerhalb der Hochschule praktisch angewandt werden.

188 Wir fordern in **Forschung und Lehre mehr Diversität und Geschlechtergerechtigkeit**
189 **zu fördern und dafür verstärkt Aufmerksamkeit zu schaffen.** Frauen und andere
190 marginalisierte Geschlechter sind oft unterrepräsentiert in der Forschung und in
191 Führungspositionen, was zu einem Ungleichgewicht in der Wahrnehmung von
192 Forschungsthemen und der Entwicklung von Lösungsansätzen führen kann. Wenn
193 Frauen und andere marginalisierte Geschlechter nicht angemessen in die Forschung
194 einbezogen werden, kann dies zu einer Verzerrung der Forschungsergebnisse und
195 einer ungleichen Verteilung von Ressourcen und Chancen führen. Die Förderung von
196 Geschlechtergerechtigkeit in der Forschung kann dazu beitragen, dass eine
197 größere Vielfalt an Perspektiven und Erfahrungen in die Entwicklung von
198 Lösungsansätzen einfließt. Um mehr Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in
199 Forschung und Lehre zu erreichen, müssen gezielt Maßnahmen ergriffen werden.
200 Dazu zählen unter anderem **die Förderung von diversen Karrierewegen in der**
201 **Wissenschaft, die Schaffung von Chancengleichheit und die Reduktion von**
202 **struktureller Diskriminierung.** Auch die Integration von Diversität und
203 Geschlechtergerechtigkeit in Lehrpläne und Forschungsprojekte ist wichtig, um
204 das Bewusstsein dafür zu schärfen und die Bedeutung dieser Themen hervorzuheben.

205 Hochschulen sollten nicht nur als Ort für Bildung, Lehre und Forschung
206 betrachtet werden, sondern auch als wichtige politische Stakeholder in Bezug auf
207 die Klimakrise. Sie liefern wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse und
208 Warnungen, die regelmäßig auf die politische Agenda gesetzt werden sollten. Die
209 Rolle der Forschenden und Wissenschaftler*innen als Expertinnen und
210 Vermittlerinnen von Wissen über die Klimakrise ist dabei von großer Bedeutung.
211 Um diese Rolle auszufüllen, sollten Hochschulen sich stärker in der Gesellschaft
212 engagieren, Wissensvermittlung betreiben und wissenschaftsfeindlichen Positionen

213 klar entgegentreten. Hierzu müssen sie **Wissenschaftskommunikationsstrukturen**
214 **aufbauen oder bestehende Strukturen erweitern und Forschenden unterstützend und**
215 **beratend zur Seite stehen.** Darüber hinaus sollten Hochschulen auch ihre
216 Wissenschaftler*innen vor möglichen Anfeindungen aus dem rechten oder
217 verschwörungsideologischen Milieu schützen, falls diese in ihrer Funktion als
218 Forschende öffentlich auftreten.

219 **Die Einführung und Unterstützung von wissenschaftlich kuratierten Ausstellungen,**
220 **Diskussionen und öffentlichen Veranstaltungen wie der Public Climate School** ist
221 ein weiterer wichtiger Schritt, um das Bewusstsein für die Klimakrise in der
222 Gesellschaft zu schärfen und das Engagement der Hochschulen für eine
223 klimagerechte Zukunft zu stärken. Insbesondere das Format der PCS bietet die
224 einmalige Chance, den Austausch zwischen Stadtgesellschaft und Menschen aus der
225 umliegenden Region und der akademischen Welt von Studierende, Promovierenden und
226 Forschenden zu fördern. Dadurch können sich Interessierte unabhängig von ihrem
227 Zugang zu Bildung mit Klimagerechtigkeit auseinandersetzen. Außerdem können sich
228 durch Diskussionen aller Beteiligten zu den aktuellen Themen der Nachhaltigkeit
229 wichtige politische Forderungen und Projekte ergeben.

230 **Studieninhalte und Studierende**

231 Wir Juso-Hochschulgruppen fordern ein Studium abseits der wirtschaftlichen
232 Verwertungslogik, das neben dem Erwerb von akademischem Fachwissen und der
233 Persönlichkeitsentwicklung als Keimzelle einer progressiven Gesellschaft dient.
234 Die Transformation unserer Gesellschaft wird jeden Bereich unseres Lebens
235 erfassen und bedeutend verändern. Deswegen brauchen wir junge
236 Hochschulabsolvent*innen aller Fächer, die – im Zuge ihres akademischen
237 Bildungswegs – auf diese Prozesse vorbereitet wurden. Deshalb fordern wir **ein**
238 **verpflichtendes Modul in jedem Studiengang, das sich mit der Klimakrise**
239 **auseinandersetzt und sowohl fachspezifische als auch interdisziplinäre**
240 **Perspektiven auf das Thema beleuchtet.** Indem die sächsischen Hochschulen
241 Studiengänge anbieten, die sich auf die Klimakrise und nachhaltige Entwicklung
242 konzentrieren, können sie dazu beitragen, die nächste Generation von Fachleuten
243 und Führungskräften hervorzubringen, die die Zukunft mitgestalten werden. Dabei
244 kann sich Sachsen als attraktiver Studienort für zukünftige Studierende
245 präsentieren, da das Interesse und die Wichtigkeit von Klimagerechtigkeit in den
246 nächsten Jahren nur noch weiter steigen wird.

247 Die Juso-Hochschulgruppe fordert, dass alle **Wissenschaftler*innen Sachsens in**
248 **ihrer Lehre die Themen Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit stärken.** Hierbei
249 soll das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)
250 umgesetzt werden, insbesondere auch in der pädagogischen Ausbildung. Eine
251 Berücksichtigung dieser Forderung soll auch im Ernennungsprozess von Lehrenden

252 erfolgen.

253 Wir sind der Meinung, dass die Stimmen der Studierenden mehr Gewicht haben
254 sollten, um eine Entscheidung zu beeinflussen, die ihre Zukunft beeinträchtigt.
255 Deshalb fordern wir die **sofortige Einführung der Viertelparität in allen Gremien**
256 **der akademischen Selbstverwaltung** und die **Ausstattung der Verfassten**
257 **Studierendenschaft mit einem allgemeinpolitischen Mandat.**

258 Wir wissen, dass die Hochschule ein Ort ist, an dem sich Studierende treffen,
259 austauschen und sich weiterentwickeln können. Deshalb ist es wichtig, dass im
260 Zuge der Transformation zur klimagerechten Hochschule auch die **psychosozialen**
261 **Beratungsangebote ausgebaut werden**, um der mentalen Belastung entgegenzuwirken,
262 die die Klimakrise verursachen kann.

263 **Studierendenwerke, Wohnen und Mobilität**

264 Im Herbst forderte der Dachverband der Deutschen Studierendenwerke eine
265 Vorreiterrolle in Sachen Klimaneutralität ein und betonte ihre wichtige Rolle
266 als Multiplikator für Klimagerechtigkeit. Die Studierendenwerke haben viele
267 Stellschrauben, die für die Transformation der Hochschulen und des Alltags der
268 Studierenden eine fundamentale Rolle spielen. Generell fordern wir dazu eine
269 ausreichende Ausfinanzierung durch das Land, um zur klimagerechten Gestaltung
270 der Angebote der Studierendenwerke beizutragen. Da Mensen einen großen Anteil an
271 den CO2-Emissionen der Studierendenwerke haben, fordern wir generell die stetige
272 Verbesserung der Mensen in allen Nachhaltigkeitsaspekten. Wir möchten somit eine
273 nachhaltige und verantwortungsbewusste Mensakultur an unseren Hochschulen
274 etablieren, indem u. a. **mehr auf Vermeidung von Plastikmüll und Recyclingaspekte**
275 **geachtet wird.**

276 Eine weitere wichtige Forderung an die Mensen ist eine effektive Reduzierung von
277 Lebensmittelverschwendung in den Mensen. Wir setzen uns dafür ein, dass **übrige**
278 **Gerichte und Zutaten kostenlos abgeholt und wiederverwendet werden können.** Eine
279 Infokampagne gegen Lebensmittelverschwendung ist ein erster wichtiger Schritt,
280 um Bewusstsein zu schaffen und das Problem anzugehen. Darüber hinaus fordern wir
281 geeignete Möglichkeiten, dem Übrigbleiben von Lebensmitteln von vornherein aus
282 dem Weg zu gehen, indem z. B. Abstimmungstools für Mensagerichte etabliert
283 werden, damit die Mensen besser planen und ressourcensparend einkaufen können.

284 Den wichtigsten Einflussfaktor auf eine nachhaltige Gesellschaft haben Mensen
285 allerdings durch ihr Essensangebot. Deshalb fordern die Juso-Hochschulgruppen,
286 dass **die Bepreisung von klimagerechten veganen und vegetarischen Speisen**
287 **deutlich billiger ausfällt.** Weiterhin muss beim Einkauf der Zutaten auf

288 Regionalität und Saisonalität der Produkte geachtet werden. Wenn möglich, soll
289 ein Bio-Angebot zur Verfügung gestellt werden. Eine verstärkte Förderung des
290 veganen Angebots und eines bewussteren Einkaufs der Zutaten in den Mensen der
291 Hochschulen trägt dazu bei, den Fleischkonsum zu reduzieren und damit die
292 Treibhausgasemissionen zu senken. Darüber hinaus kann die Förderung des veganen
293 Angebots auch dazu beitragen, die Gesundheit der Studierenden zu verbessern und
294 das Bewusstsein der Studierenden für nachhaltige Ernährung und den ökologischen
295 Fußabdruck ihrer Ernährungsgewohnheiten zu fördern. Zur Verbesserung dieses
296 Bewusstseins ist es auch besonders wichtig, die CO2-Bilanzen der Speisen zu
297 berechnen und zu veröffentlichen. Es ist von großer Bedeutung, dass positive
298 Anreize für den Verzehr von veganen Gerichten in den Mensen geschaffen werden,
299 ohne dabei das tierische Angebot zu verbieten oder zu verteuern. Somit wird
300 verhindert, dass nur Studierenden mit höherem Einkommen der Fleischkonsum
301 ermöglicht wird. Wir setzen uns für vergünstigte Preise für vegane und
302 vegetarische Mahlzeiten in allen Mensen ein.

303 Auch im Bereich studentisches Wohnen gibt es viel Luft nach oben. Die
304 **Wohnangebote der Studierendenwerke sollten schneller klimaneutral gestaltet**
305 **werden**, beispielsweise durch den Einsatz von Photovoltaikanlagen auf Dächern von
306 Wohnheimen. Hier sind aber notwendige Investitionen in die Wohninfrastruktur
307 erforderlich, die nicht zu Lasten der Student*innen gehen sollten.

308 Eine weitere wichtige Komponente ist die nachhaltige Mobilität. Das 9-Euro-
309 Ticket hat gezeigt, wie einfach Mobilität mit dem regionalen ÖPNV sein kann,
310 ohne Tarifschunzel und komplizierte Tarifzonen. Das Ticket hat viele
311 Studierende beim Semesterbeitrag finanziell entlastet. Allerdings gibt es immer
312 noch Einschränkungen beim Geltungsbereich der Semestertickets und beim Ausbau
313 des ÖPNV. Es gibt noch viel Verbesserungsbedarf, um eine klimabewusste Mobilität
314 für viele Studierende sicherzustellen. Die Juso-Hochschulgruppen fordern
315 kurzfristig **ein dauerhaftes und deutschlandweites 9-Euro-Ticket für Studierende**
316 **und Auszubildende sowie mittelfristig einen umlagefinanzierten und ticketlosen**
317 **ÖPNV und Regionalverkehr**. Zusätzlich setzen wir uns für ein europaweites
318 Semesterticket ein, um die Mobilität von Studierenden zu erleichtern und zu
319 fördern.

320 Auch an den Hochschulstandorten sollten sich die Hochschulen für eine
321 Verkehrswende einsetzen, indem der **Ausbau des ÖPNV gefördert und der**
322 **motorisierte Individualverkehr reduziert wird**. Die Forderung nach einer
323 autofreien Innenstadt kann die Verkehrswende begünstigen, daher sollten sich
324 Hochschulen vor Ort dafür einsetzen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

A25

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Görlitz, Jusos Nordsachsen, Jusos Mittelsachsen, Jusos
Lausitz (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: Gleiche Chancen für jeden, für jede Ausbildung

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag an*
3 *die Sächsische Staatsregierung sowie über den*
4 *Juso-Bundeskongress an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Fraktion im Bundestag*
5 *weiterleiten:*

6 Es soll eine neue Stelle im Arbeitsministerium geben, die dafür zuständig ist,
7 die Beschwerden der Auszubildenden entgegenzunehmen, auch anonym, Sanktionen
8 gegen Firmen zu verhängen, die gegen das Gleichbehandlungsgesetz verstoßen,
9 Aufklärung und Seminare in den Firmen durchzuführen. Bei größeren Vergehen oder
10 bei drei Verwarnungen soll die Stelle die Ausbildungserlaubnis der Firma für
11 einen bestimmten Zeitraum entziehen können. Ebenso soll sie ein Bindeglied für
12 die Kammern sein und diese unterstützen.

Begründung

Es kommt immer häufiger vor, dass Auszubildende in ihrer Firma diskriminiert werden. Die Beschwerden dazu werden anscheinend von den Kammern nicht ernst genommen. Bewerbungen von Frauen im Handwerk werden meist direkt aussortiert. Homosexuelle und Menschen mit Migrationshintergrund werden aus den Firmen rausgeekelt und auch beleidigt und zum Teil körperlich angegriffen, da reicht es auch schon mal aus, wenn man gefärbte Fingernägel als Heterosexueller hat.

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Juso-Hochschulgruppen Sachsen (dort beschlossen am:
03/05/2023)

Titel: **...Baby One More Time – Für eine progressive
Novellierung des sächsischen
Hochschulgesetzes**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen und an den Landesparteitag der*
2 *SPD Sachsen weiterleiten:*

3 Das alte Hochschul"freiheits"gesetz ist noch nicht mal kalt – die
4 Gesetzesnovelle noch gar nicht in Kraft getreten. Wir Juso-Hochschulgruppen
5 haben gemeinsam mit KSS, Gewerkschaftsjugenden und linken Parteijugenden als
6 Bündnis "Revolution Studium" für eine wahre Progression in Sachsens
7 Hochschulpolitik gekämpft. Das nüchterne Ergebnis: bis auf punktuelle
8 Anpassungen ist die 'Revolution' ausgeblieben. Frei nach Britney Spears muss es
9 also für uns heißen: ...Baby One More Time – der Kampf um ein progressives
10 SächsHSG geht weiter.

11 Dass die Landesgesetzgebung für den Alltag an Hochschulen eine zentrale
12 Bedeutung hat, wird nicht nur durch die Vielzahl an Hochschulen klar, die ihr
13 unterliegen, sondern spätestens auch beim Blick auf ihre umfassenden
14 Kompetenzen: So setzen sie die Regeln für Studium, Lehre und Forschung,
15 bestimmen die innere Organisationsstruktur der Hochschulen sowie die
16 Mitbestimmungsrechte der Statusgruppen und begründen die Struktur des Personals
17 sowie deren Arbeitsbedingungen. Wer etwa die bestehenden Hierarchieverhältnisse,
18 die Rechte und Pflichten von Studierenden oder undemokratische und verkrustete

19 Strukturen an der eigenen Hochschule verändern möchte, erkennt daher schnell:
20 Der Einsatz in den Gremien der studentischen und akademischen Selbstverwaltung
21 ist von großem Wert, kann dabei aber nur zu so guten Ergebnissen führen, wie das
22 jeweilige Landeshochschulgesetz dies zulässt. Um Fortschritte innerhalb der
23 Hochschulen wirksam erkämpfen zu können, muss die landesgesetzliche Grundlage
24 diese auch zulassen und antreiben.

25 Für uns Juso-Hochschulgruppen ergibt sich daraus die Konsequenz, insbesondere
26 die Hochschulgesetzgebung als wichtigen Hebel für unsere politische Arbeit
27 anzuerkennen und zu nutzen. Jungsozialistische Werte im Sinne der Grundsätze
28 unseres Verbandes gehören nicht nur in Anträge für den Akademischen Senat und in
29 Redebeiträge im StuRa, sondern müssen sich zwingend auch im
30 Landeshochschulgesetz wiederfinden. Eine studierendenfreundliche,
31 diskriminierungsfreie und progressive Hochschullandschaft wird es in Sachsen
32 ohne unseren Einsatz im laufenden und in den kommenden Novellierungsverfahren
33 nicht geben.

34 Dabei stellen wir grundlegend fest, dass die akademische Unabhängigkeit für uns
35 ein hohes Gut ist und Wissenschaft an sich auch weiterhin an den Hochschulen vor
36 Ort, nicht am Verhandlungstisch einer Landesregierung, konkret ausgestaltet
37 werden muss. Gleichzeitig halten wir es für sinnvoll, Rahmenbedingungen des
38 Hochschulalltags gesetzlich festzuhalten und so Verbesserungen verbindlich
39 durchzusetzen. Im Folgenden soll dieser Antrag daher zentrale jahrzehntealte wie
40 neuere Debatten und Positionierungen der Jusos und Juso-Hochschulgruppen
41 aufgreifen und ausgewählte Kernforderungen für eine wirklich progressive
42 Hochschulpolitik in Sachsen zusammenfassen.

43 **Hochschuldemokratie**

44 In Sachen Demokratie und Mitbestimmung haben Hochschulen in Sachsen erheblichen
45 Nachholbedarf. Das Paradebeispiel für die ungleich verteilten Machtverhältnisse
46 unter den vier Mitgliedergruppen der Hochschule (Studierende, Professor*innen,
47 akademisches Personal und andere Beschäftigte) ist die per Sächsischem
48 Hochschulfreiheitsgesetz vorgeschriebene Mehrheit der Hochschullehrer*innen in
49 allen akademischen Gremien. Unterstrichen wird dies etwa durch einen
50 Hochschulrat, dem es an jeglicher demokratischer Legitimierung mangelt, der aber
51 für den Wahlvorschlag der Rektor*innen zuständig ist oder durch Vorfälle wie an
52 der Universität Leipzig, wo das Rektorat versuchte, ungelegenen Anfragen
53 studentischer Senator*innen die Antwort per Senatsbeschluss zu verweigern.

54 Grundsätzlich fordern wir, Senat und Fakultätsrat in ihren Rechten zu stärken.
55 Dabei muss insbesondere der **restriktive Katalog an Kompetenzen des Senats und**
56 **der Fakultätsräte im Sächsischen Hochschulgesetz ausgeweitet werden.** Das

57 betrifft die Aufteilung der Aufgaben zwischen Rektorat und Senat (analog Dekanat
58 und Fakultätsrat), aber auch das Recht des Senats sich durch Beschluss von
59 demokratie- und wissenschaftsfeindlichen Bewegungen abzugrenzen.

60 Für uns Juso-Hochschulgruppen/Jusos Sachsen stellt die Stärkung der
61 studentischen Mitbestimmung eine zentrale Komponente jeder progressiven
62 Hochschulpolitik dar. Die gesetzlich vorgeschriebene Mehrheit der
63 Professor*innen in den Organen, die wegweisende Entscheidungen für Lehre,
64 Studium und Forschung treffen, lehnen wir ab. Wir fordern die **zahlenmäßig
65 gleichberechtigte Beteiligung aller Mitgliedergruppen in den Gremien der
66 akademischen Selbstverwaltung**, sowie den assoziierten Institutionen wie den
67 Hochschulbibliotheken. Konkret bedeutet das: **Viertelparität jetzt!** Einen
68 Anhaltspunkt für eine solche Reform bietet etwa die zurückliegende Novelle des
69 Hochschulgesetzes in Thüringen. Darüber hinaus fordern wir die Wahl der
70 Vorsitzenden akademischer Gremien durch die Gremien selbst.

71 Gleichzeitig muss das **Auskunftsrecht im Senat auf die einzelnen Mitglieder des
72 Senats ausgeweitet** werden! Denn für uns ist eine kritische Begleitung der
73 Entscheidungen der Rektorate unabdingbar und muss rechtlich festgeschrieben
74 werden. Analog hierzu fordern wir, dieses Recht im Fakultätsrat einzuführen und
75 im Sächsischen Hochschulgesetz festzuschreiben, um so mehr demokratische
76 Mitbestimmung auf Fakultätsebene zu ermöglichen.

77 In Entscheidungen zu Lehre und Studium muss die Zustimmung einer **Kommission für
78 Lehrangelegenheiten** verpflichtend sein. Diese soll **mindestens zu 50% mit
79 Studierenden besetzt** sein. So kann sofort eine angemessene Gewichtung
80 studentischer Interessen in Bezug auf Lehre und Studium in den
81 Entscheidungsprozess an der Hochschule einfließen.

82 Darüber hinaus sehen wir studentische Perspektiven in den Entscheidungen der
83 Rektorate an Sachsens Hochschulen unterrepräsentiert. Ob Corona- oder
84 Energiesparpolitik, die letzten Jahre haben uns gezeigt, dass unsere Interessen
85 bei Entscheidungen, die mehrheitlich Studierende betreffen, häufig nicht genug
86 Berücksichtigung finden. Deswegen fordern wir **mindestens ein*e verpflichtende
87 studentische Prorektor*in**.

88 Die **Verfasste Studierendenschaft** ist die Grundlage der studentischen
89 Selbstverwaltung und der Einbringung der Studierendenschaft als politische Kraft
90 innerhalb der Gruppenhochschulen und in der Gesellschaft. Die Abschaffung der
91 Austrittsoption aus der Verfassten Studierendenschaft ist einer der wenigen
92 Erfolge der sächsischen Hochschulpolitik aus den vergangenen Jahren. Dabei muss
93 unser nächstes Ziel sein, diese **mit einem allgemeinpolitischen Mandat
94 auszustatten**.

95 Außerdem wollen **Hochschulräte abschaffen** oder ihre Kompetenzen auf rein
96 beratende Funktionen reduzieren. Sie widersprechen unserem Bild einer
97 selbstverwalteten, demokratischen Hochschule.

98 **Lehrveranstaltungen**

99 Eine attraktive Hochschullandschaft stützt sich auf gute Forschung und gute
100 Lehre. Als Ableitung dessen besteht die Aufgabe einer Hochschule in der
101 Vermittlung gesellschaftlicher relevanter Forschung und Lehre mit
102 interdisziplinärem Fokus. Hieraus ergeben sich weitere Forschungsschwerpunkte
103 und Profilierungsmöglichkeiten des Hochschulstandortes Sachsens. Die
104 **Sicherstellung interdisziplinärer Lehre** soll in Studiendokumenten, erarbeitet
105 durch zuständige Gremien, sichergestellt werden. Zur Förderung der Lehrqualität
106 ist eine **Evaluierung und Veröffentlichung der Ergebnisse einzelner**
107 **Veranstaltungen** geboten.

108 Gute Lehre wird durch **langfristige Lehrveranstaltungsplanung**, durch **Entfristung**
109 **des akademischen Personals, Lehrfreisemester** und **größere Budgets für**
110 **studentische Tutorien** sichergestellt. Neuberufungen führen zu Veränderungen des
111 Lehrangebots und sollen eine Verbesserung darstellen. Dies wird durch
112 **verpflichtende Kurse zur Hochschuldidaktik und qualitativ guter Forschung**
113 sichergestellt.

114 **Leistungsanforderungen**

115 Lebenslanges Lernen erfordert eine flexible Studiengestaltung und die
116 **Möglichkeit des Teilzeitstudiums in jedem Studiengang**. Für die Individuelle
117 Planung und die Vereinbarung mit Nebenjob oder Familie ist die **Abschaffung**
118 **jeglicher Anwesenheitskontrollen und Vorprüfungen** nötig. Eine Abschaffung von
119 Vorprüfungen und eine **flexible Prüfungszeit mit einer unbegrenzten Anzahl an**
120 **Wiederholungsversuchen** führt im Schnitt zu besseren Prüfungsergebnissen und mehr
121 ehrenamtlichen Engagement auf dem Campus sowie der Verwirklichung von
122 Eigeninitiativen durch die Studierenden. Dies muss durch die Hochschulen aktiv
123 gefördert werden durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, Materialien und
124 finanziellen Mitteln.

125 Studierenden sollten keine Einschränkung in der Studienfinanzierung durch
126 Missachtung der Regelstudienzeit bekommen, folglich fordern wir die **Abschaffung**
127 **der Bindung an die Regelstudienzeit** und die **Einführung einer**
128 **Studienverlaufsgarantie** mit der Immatrikulation zum ersten Fachsemester.

129 **Gleichstellung und Feminismus**

130 An Hochschulen herrschen noch immer viele Formen des strukturellen Sexismus.
131 Zwar gibt es durch die gesetzliche Festschreibung von
132 Gleichstellungsbeauftragten bereits erste Ansätze, diese Diskriminierung zu
133 bekämpfen. Hochschulen in Sachsen sind allerdings noch weit davon entfernt, die
134 Ungleichheiten der Geschlechter aus dem Weg zu räumen. Stattdessen sollten
135 Hochschulen gerade die Orte sein, die als Beispiel vorangehen, um ihrer
136 besonderen Vorbildfunktion in der Gesellschaft gerecht zu werden.

137 Während im Wintersemester 21/22 etwa 48% der Studierenden in Sachsen weiblich
138 waren und der Frauenanteil beim Hochschulpersonal allgemein bei 55,1% lag, waren
139 unter den Professuren nur 25% in den Händen von Frauen. Das zeigt: strukturelle
140 Sexismen bestehen auch beim Erreichen von Spitzenpositionen fort. Wir fordern
141 daher die **Umgestaltung der Berufungskommission** hin zu einem transparenten und
142 demokratischen Gremium, das Diversität und Gleichberechtigung an den sächsischen
143 Hochschulen vorantreibt. Außerdem wollen wir die **Quotierung der**
144 **beschlussfassenden Gremien**, auch dadurch wird die Stimme von Frauen in der
145 universitären Selbstbestimmung stärker wahrgenommen.

146 Da es für sexualisierte Diskriminierung und Gewalt in der Hochschule keinen
147 Platz geben darf, ist die **Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten**
148 unabdingbar. Damit es erst gar nicht zu solchen Fällen kommt, fordern wir auch
149 weiterhin, dass die Hochschulen dazu aufgefordert werden, eine **Leitlinie zu**
150 **erarbeiten, die sexualisierte Gewalt unterbindet.**

151 **Antidiskriminierung**

152 In die Novelle des sächsischen Hochschulgesetzes wurde, entgegen des lauten
153 Wunsches aus der Breite der Hochschullandschaft, noch immer kein expliziter
154 Schutz von Studierenden vor Diskriminierung aufgenommen. Hier gilt es die **Lücke**
155 **in der Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes zu füllen**, welches
156 nur auf Diskriminierung von Mitarbeitenden angewendet werden kann. Im Bereich
157 des Diskriminierungsschutzes sehen wir daher großen Handlungsbedarf, da
158 Diskriminierung niemals, auch nicht von Studierenden an Hochschulen, toleriert
159 werden darf. Das bedeutet im Konkreten auch, **mindestens eine Person in der**
160 **Hochschule damit zu beauftragen**, Diskriminierung gezielt abzubauen und die
161 Möglichkeit zu schaffen, diskriminierende Vorfälle melden zu können. Zudem
162 sollen die Angehörigen der Hochschule für das Thema sensibilisiert werden,
163 beispielsweise durch spezielle Antidiskriminierungsrichtlinien und einen
164 Leitfaden für diskriminierungsfreie Sprache.

165 **Internationalisierung**

166 Nicht erst seit dem Bologna-Prozess sind sächsische Hochschulen international
167 vernetzt und ein Auslandsaufenthalt oder -studium immer häufiger möglich.
168 Dennoch bestehen noch einige Unterschiede zwischen den Studiensystemen der
169 einzelnen Länder, was Kooperationen und Austausch erschwert. Ebenso werden
170 Nicht-EU-Bürger*innen und Nicht-Staatsbürger*innen bei der Studienbewerbung oft
171 diskriminiert. Der Freistaat Sachsen ist nicht der alleinige
172 Entscheidungsträger, was die Ausgestaltung der europäischen Studiensysteme
173 angeht, aber er kann sich dafür einsetzen, dass wir mittelfristig zu einer
174 Harmonisierung kommen. Ebenso können wir vor Ort mit gutem Beispiel vorangehen.
175 Deshalb fordern wir die **Gleichbehandlung von EU-Ausländer*innen und Nicht-EU-**
176 **Ausländer*innen**, insbesondere durch die **Abschaffung der Studiengebühren für**
177 **Nicht-EU-Staatsbürger*innen** sowie **leichtere Immatrikulationsvoraussetzungen** und
178 **bessere Vorbereitungskurse für ausländische Studierende**. Darüber hinaus soll
179 sich die sächsische Staatsregierung dem Ziel einheitlicher Studienjahre und
180 vergleichbarer Studienabschlüsse in ganz Europa verschreiben.

181 **Arbeitsbedingungen an den Hochschulen**

182 Im Juni 2021 ging der Hashtag #IchBinHanna online viral. Viele
183 Wissenschaftler*innen und Mitarbeitende an Hochschulen teilten ihren Unmut über
184 Kettenbefristungen, die Sorge vor der Arbeitslosigkeit, die ewige Suche nach
185 einer neuen Stelle und langwierige Beantragung von Forschungsprojekten. Vom CDU-
186 geführten Bundesbildungsministerium war damals keine Abhilfe zu erwarten. Aber
187 auch unter FDP-Ministerin Stark-Watzinger fällt der Optimismus schwer. Verwiesen
188 wird darauf, wie wertvoll die Fluktuation in der Wissenschaft sei, damit immer
189 neue Ideen durchkämen. **Gute, unbefristete Arbeit** und die Förderung von
190 akademischem Nachwuchs schließen sich allerdings keinesfalls aus. Stattdessen
191 muss neben prekären Arbeitsverhältnissen auch die Unterfinanzierung der
192 Hochschulen der Vergangenheit angehören: **Ausfinanzierte Hochschulen** können die
193 zusätzlichen Stellen und Forschungsprojekte ohne Drittmittelfinanzierung
194 schaffen, die dringend gebraucht werden. Die nötige Flexibilität in der
195 Wissenschaft kann zudem durch die **Abschaffung des** hierarchischen und überholten
196 **Lehrstuhlsystems** in Deutschland und die **Überführung in ein Departmentsystem**
197 erreicht werden. Insgesamt hat insbesondere die zurückliegende Novelle des
198 Hochschulgesetzes in Berlin gezeigt, dass eine Zeitenwende bei den
199 Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft möglich ist. Wir fordern den **Ausbau von**
200 **Tenure-Track-Professuren** in Sachsen und eine **gesetzlich verankerte Vertretung**
201 **des akademischen Personals** analog zur Landesrektor*innenkonferenz und der
202 Konferenz Sächsischer Studierendenschaften.

203 Für Studierende ist die Hochschule mehr als ein Ort zum Lernen akademischer
204 Inhalte. Viele Studierende arbeiten nebenbei als studentische Hilfskraft an
205 Lehrstühlen oder Instituten. Dabei sind die Arbeitsbedingungen oft miserabel,

206 wie die im Januar veröffentlichte Studie der Initiative **TVStud** zeigt. Die Juso-
207 Hochschulgruppen Sachsen / Jusos Sachsen unterstützen die Initiative, die einen
208 **Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte** fordert. Wir begrüßen die Einführung
209 einer **Mindestvertragslaufzeit für studentische Beschäftigte** in der aktuellen
210 Hochschulgesetznovelle. Allerdings fordern wir die **Anpassung des Zeitraums von**
211 **einem Semester auf 24 Monate**. Darüber hinaus wollen wir die
212 **universitätsöffentliche Ausschreibung aller SHK-Stellen**.

213 **Promovierende**

214 Mit der Novelle des Hochschulgesetzes gibt es für Promovierende endlich gewählte
215 Vertretungen, die sich an den Gremien der Hochschulen für die spezifischen
216 Belange der Promovierenden einsetzen. Eine beratende Funktion der Vertretung
217 gegenüber Senat und Fakultätsräten reicht aber nicht aus. Vielmehr sollte es den
218 jeweiligen **Promovierendenvertretungen** möglich sein, **eine*n stimmberechtigte*n**
219 **Vertreter*in in die universitären Gremien zu entsenden**.

220

221 Ferner muss sichergestellt werden, dass die Betreuung der Promovierenden
222 verbessert wird. Die **Promotionsrahmenverträge** (Promotionsvereinbarungen) sollten
223 deshalb **verbindlich regelmäßige Rücksprachen beinhalten**. Für den Fall, dass
224 der*die Erstbetreuer*in die Vereinbarung nicht weiterhin einhalten kann (etwa
225 durch Wechsel der Universität oder Ruhestand), sollte ein*e **zuvor festgelegte**
226 **Zweitbetreuer*in** übernehmen können. Die Rahmenvereinbarungen in den
227 Promotionsverträgen sollten durch eine **unabhängige Promovierenden-**
228 **Beratungsstelle an den Hochschulen** geprüft werden. Diese Beratungsstellen
229 sollten Promovierende auch bei Konfliktsituationen gegenüber der Hochschule und
230 den Betreuer*innen unterstützen.

231 Es braucht einen grundsätzlichen Wandel im Umgang mit jungen
232 Wissenschaftler*innen an den Hochschulen. Aus Gründen des Respekts und der
233 Wertschätzung sollten nicht 50-, 66- oder 75-Prozent-Stellen, sondern **100-**
234 **Prozent-Stellen die Regel für Doktorand*innen** sein. Nur so kann sichergestellt
235 werden, dass der weitere Berufsweg an Universitäten attraktiv bleibt und als
236 finanziell erstrebenswerte Perspektive erachtet wird.

237 Promotionen dienen nicht nur der Qualifikation des wissenschaftlichen
238 Nachwuchses, sondern in den Promotionsvorhaben passiert ein großer Teil der
239 universitären Forschungsarbeit. **Promovierende sollten aber nicht noch mehr**
240 **arbeiten müssen**, als es jetzt schon der Fall ist, sondern weiterhin **mindestens**
241 **50 % der Zeit an ihrem Promotionsprojekt forschen dürfen**. Diese Zeit sollte dann

242 aber gerechterweise bezahlt werden.

243 **Klimakrise an der Hochschule**

244 Hochschulen spielen eine wichtige Rolle in der Bekämpfung der Klimakrise. Sie
245 haben eine Vorbildfunktion in der Gesellschaft und können dazu beitragen,
246 Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit zu fördern. Studierende, Lehrende und
247 Mitarbeiter*innen fungieren als Multiplikatoren und tragen ihr Wissen und
248 Engagement in die Gesellschaft. Um dieser Vorbildfunktion gerecht zu werden und
249 auch als Inspiration für die Hochschulmitglieder zu dienen, fordern wir eine
250 **Verpflichtung der Hochschulen zum Aufstellen einer ambitionierten**
251 **Nachhaltigkeitsstrategie, welche die Transformation zu einer nachhaltigen**
252 **Institution bis 2030 als Ziel hat, sowie ein jährlicher Nachhaltigkeitsbericht,**
253 **welcher die Hochschulgesellschaft über die aktuellen Erfolge und**
254 **Herausforderungen auf dem Weg der Transformation informiert.**

255 Eine weitere wichtige Rolle der Hochschulen liegt in der Ausbildung von
256 zukünftigen Fachleuten und Führungskräften, die die Zukunft mitgestalten werden.
257 Durch eine gezielte Einbindung von Nachhaltigkeits- und Klimaschutzthemen in
258 Studiengängen und Lehrveranstaltungen können Absolvent*innen auf die
259 Anforderungen einer nachhaltigen Zukunft vorbereitet werden. Deshalb fordern wir
260 **die Einführung eines verpflichtenden Moduls für alle Studiengänge, in welchem**
261 **fachspezifisch, aber auch interdisziplinär dazu gelehrt wird, wie die Klimakrise**
262 **bekämpft werden kann. Weiterhin ist es wichtig, dass Hochschulen ihre**
263 **Studiengangsangebote zum Thema Klimagerechtigkeit attraktiver gestalten und**
264 **ausbauen und sich insgesamt die Anzahl an Module, auch im Wahlbereich, zu diesem**
265 **Thema erhöht.**

266 Hochschulen können auch eine wichtige Rolle in der Erforschung von
267 Transformationsmodellen hin zu einer komplett nachhaltigen Gesellschaft spielen.
268 Durch die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis können neue Lösungsansätze
269 und Technologien entwickelt werden, die einen Beitrag zur Reduktion von
270 Treibhausgasemissionen und zum Schutz von Ressourcen leisten. Insbesondere hier
271 fordern wir die Landesregierung auf, die Hochschulen aufgrund ihrer besonderen
272 Rolle dazu zu verpflichten, einen **stärkeren Fokus auf die Erforschung dieser**
273 **Transformationsmodelle zu setzen sowie diese Konzepte innerhalb der Hochschule**
274 **umzusetzen.**

275 Der Nachhaltigkeitsbegriff, wie er in den Sustainable Development Goals
276 definiert ist, geht über den reinen Klimaschutz hinaus und umfasst auch soziale
277 und ökonomische Aspekte. Hochschulen müssen dazu beitragen, ein breites
278 Verständnis von Nachhaltigkeit zu fördern und die Zusammenhänge zwischen
279 ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten zu verdeutlichen.

280 Hochschulautonomie

281 Im Spannungsfeld zwischen Landesgesetzgebung und Hochschulautonomie ist es nicht
282 immer einfach, eine klare Entscheidung zu treffen. Während auf Landesebene
283 Zielvorgaben getroffen werden können sollten, welche durch die Hochschulen
284 umzusetzen sind, gibt es gleichsam auch Bereiche, in denen Hochschulen mehr
285 Eigenverantwortung zugestanden werden sollte. Insbesondere Bereiche, die
286 Hochschulgebäude und -gelände sowie konkrete Maßnahmen zur Umsetzung von
287 Zielvorgaben betreffen, sollten im Entscheidungsbereich der Hochschulen liegen.
288 Ebenso sollten diese bereits **bei der Aushandlung der Zielvorgaben intensiver**
289 **beteiligt werden**. Wir fordern daher, **eine Bauherr*inneneigenschaft für**
290 **Hochschulen**, damit sie eigenständig über Modernisierungs- und
291 Erweiterungsvorhaben entscheiden können, unter Beachtung ihrer Verantwortung für
292 die künftigen Generationen sollen Hochschulen **klimaschonend bauen** und den
293 **Einbezug von gewählten und mit allen Statusgruppen paritätisch besetzten**
294 **Hochschulgremien**, wie den akademischen Senaten, in
295 Zielvereinbarungsverhandlungen mit der jeweiligen Landesregierung.

296 Studierendenwerke

297 Die sächsischen Studentenwerke (sic!) sind wichtige Institutionen für das
298 studentische Leben. Ob Mensen, Studierendenwohnheime, BAföG, Beratungsangebote
299 wie die psychosoziale Beratung oder Studierendenclubs, all dies koordinieren die
300 Studentenwerke (sic!). Doch diese haben über die vergangenen und derzeitigen
301 Krisen gelitten. Manche Standorte beraten über Kürzungen bei Angeboten, während
302 andere Preiserhöhungen in den Mensen oder Semesterbeiträgen diskutieren. Für uns
303 steht fest, **die Studierendenwerke müssen voll ausfinanziert werden**. Die
304 Finanzierung muss nicht nur hoch genug sein, um alle Angebote ausbauen zu
305 können. Sie muss auch die **sozialökologische Transformation in den**
306 **Studierendenwerken** vorantreiben. Der Energiebezug aller Mensen und Wohnheime
307 muss aus erneuerbaren Energien stammen. In jeder Mensa sollte es genügend
308 hochwertige und preisgünstige vegetarische und vegane Essensangebote geben. An
309 dieser Stelle schließen wir uns dem Forderungskatalog "Revolution Mensa" der
310 verschiedenen bundesweiten Studierendenvertretungen an. Als weiterer Schritt
311 muss **ein angemessenes Budget für den Ausbau der Wohnheime bereitgestellt werden**.
312 Solange das breite Wohnungsangebot nicht in Hand von kommunalen
313 Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, sondern Vonovia und Co ist,
314 braucht es sozialen Wohnungsbau für Studierende. Die **Studierendenwerke müssen**
315 **auch Bauherr*innenschaft über die von ihnen verwalteten Gebäude besitzen**, um ihr
316 Angebot so autonomer ausbauen zu können. Zuletzt müssen auch die
317 Studierendenwerke demokratisch funktionieren. Wir finden es richtig, dass die
318 Verwaltungsräte zur Hälfte aus Studierenden bestehen. Nun müssen eben diese
319 Verwaltungsräte auch weitere Kompetenzen gewinnen, denn viel zu oft müssen
320

321 Studierende mit Ambitionen und Ideen hören, dass “der Verwaltungsrat keine Kompetenzen dafür besitzt”. **Die Studierendenwerke müssen autonomer werden!**

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

A27

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: PG Bildung, JSAG Sachsen (dort beschlossen am:
02/19/2023)

Titel: **Freies Internet für alle - Freifunk an
Bildungseinrichtungen**

1 *Die Jusos Sachsen mögen beschließen und über die SPD Sachsen an die SPD-*
2 *Landtagsfraktion weiterleiten:*

3 Das Internet ist im 21. Jahrhundert ein grundsätzlicher Bestandteil der Leben
4 vieler Menschen. Vor allem im Bildungsbereich ermöglicht das Internet den
5 kostenlosen und schnellen Zugriff auf viele hilfreiche Informationen. Jedoch
6 fehlt häufig freier Internetzugang oder wird künstlich beschränkt. So besitzen
7 viele Schulen kein WLAN und an Hochschulen ist der Zugriff auf die
8 Hochschulmitglieder begrenzt. Die Alternative bilden damit nur noch die Mobilien
9 Daten, doch dieser ist aufgrund des schlechten Internetausbaus nicht überall
10 verfügbar. Zudem sollte der Internetzugang nicht vom Handyvertrag und somit vom
11 Geldbeutel abhängen.

12 In Deutschland gibt es seit Anfang der 2000er das nicht-kommerzielle Freifunk-
13 Netzwerk. Dieses setzt sich lokal für kostenloses, offenes und sicheres Internet
14 für alle ein. Die kommunalen Initiativen gehen hierbei mit gutem Beispiel voran
15 und haben kommunale und dezentrale Freifunk-WLAN-Netzwerke eingerichtet, die
16 stetig weiterwachsen.

17 Wir setzen uns dafür ein, dass ein sachsenweites WLAN-Netzwerk an allen
18 Bildungseinrichtungen (vor allem Schulen und Berufsschulen, Hochschulen,

19 Bibliotheken, kulturelle Einrichtungen wie Museen, usw.) eingerichtet wird.
20 Hierfür bietet es sich an, die bestehenden Freifunk-Netzwerke zu nutzen und zu
21 erweitern. Die Einrichtung eines solches WLAN-Netzes vor allem an Schulen muss
22 durch die Erweiterung des Lehrplans durch digitale Bildung, unter anderem im
23 Bereich der Internetnutzung, verschärft werden, anstelle von pauschalen Verboten
24 und Tabuisierung von digitalen Medien, z.B. durch komplette Handyverbote.

25 Die Sächsische SPD setzt sich in Landtag und Staatsregierung dafür ein, ein
26 solches WLAN-Netz in Landes-Bildungseinrichtungen zu initiieren und kommunale
27 Bildungsstätten zum Ausbau des Netzwerkes vor allem finanziell und durch
28 Fachwissen zu fördern. Die kommunalen SPD-Gliederungen setzen sich in den
29 Landkreisen und Gemeinden dafür ein, das WLAN-Netzwerk über die kommunalen
30 Bildungseinrichtungen zu erweitern und die Unterstützungsangebote der
31 Landesebene anzunehmen.

A28

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Mittelsachsen (dort beschlossen am: 10/19/2022)

Titel: **Brandgefährlich - Mehr Sensibilisierung für
Waldbrandverhütung**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und über den*
2 *Landesparteitag der SPD Sachsen an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag*
3 *weiterleiten:*

4 Wir fordern, dass der Themenkomplex Waldbrandprävention als verpflichtendes
5 Unterrichtsthema an sächsischen Schulen sowohl in der Primarstufe als auch in
6 der Sekundarstufe I in den Lehrplan aufgenommen wird.

Begründung

Über 90 Prozent der Waldbrände in Mitteleuropa werden durch menschliches Fehlverhalten verursacht. Solche Brände entstehen hauptsächlich durch fahrlässigen Umgang mit offenem Feuer (zum Beispiel Lagerfeuer im Wald) und Brandstiftung. Auch achtlos weggeworfene, noch glimmende Zigaretten oder das Parken von Fahrzeugen mit heißem Katalysator auf trockenen Rasen- und Wiesenflächen können zu Waldbränden führen. Die durch die klimatischen Veränderungen immer häufiger vorkommenden Trockenheits- und Dürrephasen erhöhen die Waldbrandgefahr noch zusätzlich. Eine Sensibilisierung von Erwachsenen für das Thema Dürre und Waldbrand kommt, mit Blick auf die Waldbrandkatastrophen der letzten Jahre, deutlich zu spät. Vielmehr sollten bereits Schülerinnen und Schüler ausreichend sensibilisiert werden, um sich im Erwachsenenalter besser zu verhalten. Eine Behandlung lediglich als Wahlpflichtthema im Sachkunde- und Chemieunterricht (siebente bzw. achte Klasse nach sächsischem Lehrplan) ist dabei nicht ausreichend. Vielmehr sollte das Thema verpflichtend an den Schulen sowohl in der Primarstufe als auch Sekundarstufe I gelehrt werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen dabei erfahren, wie Dürre und

Waldbrände entstehen, welche Brandquellen es gibt und welche Verhaltensweisen im Waldbrandfall angemessen sind. Die Ausgestaltung des Themenkomplexes ist zum Beispiel auch als fächerübergreifender Unterricht denkbar. Neben der Vermittlung von reinem Faktenwissen soll vor allem auch Sozial-, Handlungs- und Methodenkompetenz vermittelt werden.

Quelle: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Waldbrand. Vorsorge und Selbsthilfe

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: JSAG Sachsen, PG Bildung (dort beschlossen am:
02/19/2023)

Titel: **Ehe, Patriarchat, Heimatland? Unsere Antwort:
Widerstand!**

1 *Die Jusos Sachsen mögen beschließen und über die SPD Sachsen an die SPD-*
2 *Landtagsfraktion weiterleiten:*

3 Die Schule ist ein Ort der Begegnung. Schüler*innen und Lehrer*innen
4 unterschiedlichster Konfessionen, Sexualitäten und Nationalitäten besuchen oft
5 gemeinsam eine Schule. Dennoch hebt das sächsische Schulgesetz und die
6 Landesverfassung immer noch insbesondere christliche, patriarchale und
7 nationalistische Grundsätze und Werte hervor. Dies gilt es zu verändern, da sich
8 viele Schüler*innen und Lehrer*innen sich nicht mit diesen Werten identifizieren
9 können oder sogar durch sie systematisch ausgeschlossen werden.

10 Wir fordern daher, dass die Sächsische Landesverfassung (Artikel 101) und das
11 Sächsische Schulgesetz (§ 1 und § 36) an zeitgemäße Bildungsziele angepasst und
12 insbesondere Ziele der Bildung als Vermittlung von "Heimatliebe",
13 "christliche[r] Tradition im europäischen Kulturkreis" und die "Bedeutung von
14 Ehe [...] und Familie" gestrichen werden. Ebenso soll das Wort Nächstenliebe,
15 aufgrund seines eindeutig religiösen Bezuges beispielsweise durch die Worte
16 Toleranz und Solidarität ersetzt werden.

A30

Antrag

**ordentliche Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen 2023, Mittweida,
15.04.23 bis 16.04.23**

Initiator*innen: Jusos Lausitz, Jusos Görlitz, Jusos Mittelsachsen, Jusos
Nordsachsen (dort beschlossen am: 03/11/2023)

Titel: **Die olle Rolle am stillen Örtchen**

1 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:*

2 **Die Abschaffung von herkömmlichem Klopapier**

3 Wir kennen es doch alle und wir nutzen es jeden Tag. Das Klopapier, denn
4 Klopapier ist quadratisch, praktisch, gut. Oder? Nein! Ganz im Gegenteil, es ist
5 umweltschädlich und kann auch unangenehm für uns Menschen sein.

6 **Klopapier und die Umwelt**

7 In Deutschland verbraucht eine Person 134 Rollen Klopapier jährlich, im Laufe
8 des Lebens sogar 3651 Rollen. Bei einer aktuellen Bevölkerung von 84,271 Mio.
9 Menschen (Stand 2022) werden 11.292.314.000 Rollen Klopapier jährlich
10 verbraucht. Das ist ein Haufen Müll, der jährlich damit zustande kommt und dann
11 anschließend verbrannt wird. Klopapier ist ein reiner Umweltsünder, es werden
12 für die Herstellung von Klopapier Wälder in Russland, Kanada, Chile und Uruguay
13 abgeholzt. Die Herstellung verbraucht mehr Ressourcen als bei Alternativen. Für
14 die Herstellung von Klopapier werden ca. 33 Prozent mehr Wasser als bei
15 Alternativen, 50 Prozent mehr Energie als bei Alternativen verbraucht und es
16 erzeugt 50 Prozent mehr Kohlenstoffdioxid (CO₂) als bei Alternativen. Dabei gibt
17 es schon längst eine gute Alternative, und zwar recyceltes Klopapier, das meist
18 aus Alt-Papier hergestellt wird und an dem Blauer Engel Siegel zu erkennen ist.

19 Manche Klopapiere enthalten auch Chemikalien wie z. B. Bleichungsmittel,
20 Farbstoffe oder Parfüms, was für Natur und Mensch auch nicht allzu gut ist.

21 **Allergische Reaktionen auf Klopapier**

22 Es gibt Leute, die auf die chemischen Stoffe, also Bleichungsmittel und Parfüms,
23 reagieren. Nicht nur chemische Stoffe, sondern auch pflanzliche Stoffe wie z. B.
24 Kolofonium, eine harzähnliche Substanz, die aus Kiefern gewonnen wird und
25 Allergien hervorrufen kann. Natürlich kann man da jetzt sagen "Dann sollen die,
26 die dagegen allergisch sind, es nicht kaufen", aber wieso sollte man das nicht
27 schon vorbeugen und schon antiallergen Klopapier herstellen?

28 **Forderungen:**

- 29 1. Mehr auf Recycling bei der Herstellung von Klopapier achten
- 30 2. Vermehrte Hinweisung auf das Blauer Engel Siegel
- 31 3. Klopapier ohne Chemikalien wie Bleichungsmittel oder Parfüm

Begründung

Erfolgt mündlich